



**MEHR
GRÜN
FÜR EIMSBÜTTEL.**
Wahl zur Bezirksversammlung 2014

MEHR GRÜN FÜR HIER.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
EIMSBÜTTEL



ERLÄUTERUNGEN ZUM WAHLRECHT

Mit dem neuen Wahlrecht haben Sie 10 Stimmen auf den zwei Wahlzetteln: 5 Stimmen für die Bezirksliste (= gelb) und 5 Stimmen für die Wahlkreisliste (= rot).

Über die Anzahl der Sitze in der Bezirksversammlung entscheiden dabei ausschließlich Ihre Stimmen auf der Bezirksliste.

Mit Ihren 10 Stimmen können wir in Hamburg-Eimsbüttel viele GRÜNE Ideen umsetzen. Das heißt: 5 Stimmen für die GRÜNE Bezirksliste auf dem gelben Wahlzettel sorgen für eine starke GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung. Mit den 5 Stimmen auf der Wahlkreisliste entscheiden Sie darüber, wer für Sie in der Bezirksversammlung sitzen soll.

BEZIRKSLISTE DER GRÜNEN EIMSBÜTTEL

PLATZ	NAME	VORNAME	BERUF
1	Gallina	Anna	Geschäftsführerin eines Uni-Präsidiums
2	Bulla	Volker	Geschäftsleiter eines Gerichts
3	Könnecke	Stefanie	PR-Referentin
4	Klabunde	Fabian	Dokumentationsjournalist
5	Can	Gülnur	Betreuerin
6	Kuhlmann	Dietmar	Sonderpädagoge
7	Küll	Gabriela	Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin
8	Kockmann	Lukas	Student
9	Kern	Lisa	Verlagskauffrau
10	Hofmann	Klaus	Maschinenbauer
11	Harff	Christine	Verwaltungsangestellte
12	Schmidt-Tobler	Falk	Lehrer
13	Püschel	Karin	Diplom-Pädagogin
14	Engler	Philip	Geograph
15	Wist	Andrea	Redaktionssekretärin
16	Mir Agha	Ali	Projektleiter, Quartiersentwickler
17	Hunter	Lynne	Englischlehrerin
18	Wißmeyer	Lucas	Praktikant
19	Mertens	Cornelia	Diplom-Psychologin
20	Gwosdz	Michael	Migrationsberater
21	Hericks	Susanne	Wiss. Mitarbeiterin
22	Reichel	Andreas	Lehrer a.D.
23	Dürkop-Leptihn	Marlis	Staatsrätin a.D.
24	Orlikowski	Borris	Prozess-Coach
25	Giebel	Lea-Valeska	Public Affairs Manager
26	Lorenzen	Dominik	Unternehmer

Informationen zu den KandidatInnen und Termine im Wahlkampf finden Sie unter: www.gruene-eimsbuettel.de

WAHLPROGRAMM DER GRÜNEN EIMSBÜTTEL FÜR DIE WAHL ZUR BEZIRKSVERSAMMLUNG EIMSBÜTTEL AM 25.MAI 2014

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN EIMSBÜTTEL

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

Tel: 040 - 401 42 45

Fax: 040 - 490 86 57

kreisverband@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

Geschäftsführung: Bettina von Bülow

Redaktion: Bettina von Bülow, Sven Gödde

Fotos: Harald Vieth, Stefanie Könnecke, Anna Gallina,

Volker Bulla, Julia Unverferth, Sven Gödde

Grafik & Layout: Christoph Jöns (www.corporateproducts.de)

INHALT

11 1. Eimsbüttel soll grüner werden: Grün-, Umwelt- und Klimaschutz im Bezirk

12 1.1 Klimaschutz

13 1.2 Naturschutz

15 1.3 Baumschutz

15 1.4 Emissionsschutz: Lärmschutz

16 1.5 Feinstaub- und
Stickoxidbelastung

17 2. Mobilität

17 2.1 Den Straßenraum neu verteilen, Fuß-
und Radverkehr fördern

20 2.2 Wohnstraßen sicherer machen –
AnwohnerInnen entlasten

21 2.3 Öffentlichen Verkehr fördern

23 3. Stadtplanung im Bezirk Eimsbüttel - Grün, sozial und beteiligungsorientiert

24 3.1 Bezahlbaren Wohnraum schaffen und
erhalten

25 3.2 Klimaschutz ernst nehmen

26 3.3 Platz für Gewerbetreibende, Stadtteil-
zentren, Kultur und Denkmalschutz

27 3.4 Planungskultur als Teil der politischen
Kultur – Begegnungsmöglichkeiten
ausbauen, Gemeinschaftsflächen
schaffen

29 4. Kinder und Jugendliche im Zentrum GRÜNER Politik

30 4.1 Kinder brauchen Raum für Entwick-
lung

30 4.2 Kinder brauchen Schutz und Hilfe

31 4.3 Kinder brauchen Offenheit

31 4.4 Jugendarbeit und Familienförderung
braucht eine ausreichende Finanzierung

32 4.5 Jugendliche brauchen
öffentlichen Raum

32 4.6 Junge Lesben und Schwule brauchen
Unterstützung

32 4.7 Kinder und Jugendliche brauchen
finanzielle Sicherheit

33 4.8 Kinder und Jugendliche brauchen
Partizipation

33 4.9 Kinder brauchen regionale
Bildungslandschaften

33 4.10 Auf den Anfang kommt es an

35 4.11 Bildungs- und Betreuungs-
garantie für Grundschul Kinder

36 4.12 Umweltbildung

36 4.13 Vielfalt von Schule und
Bildungswegen

37 4.14 Bildung und Inklusion

37 4.15 Sport

39 5. Eimsbüttel: Integrativ, sozial und kulturell

39 5.1 Integration und Migration

41 5.2 Gleichstellung

41 5.3 Gesundheits- und Sozialpolitik

42 5.4 Menschen mit Behinderungen –
selbstbestimmt statt ausgegrenzt

44 5.5 In Würde alt werden

46 5.6 Eimsbüttel - ein Zuhause für alle

47 5.7 Armut verhindern

47 5.8 Gesund leben und arbeiten

48 5.9 Integrierte Gesundheitsversorgung
und Sozialberatung

49 5.10 Kulturpolitik in Eimsbüttel

51 5.11 Wirtschaft und Arbeit

53 6. GRÜNE Politik regional

53 6.1 GRÜNE Politik für das Kerngebiet

57 6.2 Urban und nachhaltig denken – auch
am Stadtrand. Eidelstedt und
Stellingen mittendrin

62 6.3 GRÜNE Politik für Lokstedt, Niendorf
und Schnelsen

68 Glossar

**MEHR
GRÜN
FÜR HIER.**

Liebe Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler,

am 25. Mai 2014 werden die Bezirksversammlungen neu gewählt. Die Bezirkspolitik trifft viele praktische Entscheidungen in Ihrem persönlichen Umfeld. Sie entscheidet darüber, wo in der Nachbarschaft gebaut wird, in welchem Zustand Radwege sind und wie es im Park nebenan aussieht. Die Bezirke sind Ihr Bürgerservice vor Ort, zuständig für Kitagutschein und Personalausweis und mehr.

Hamburg ist eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Immer mehr Menschen zieht es hier her. Hamburg profitiert davon, muss aber auch Antworten auf steigende Mieten, Gentrifizierung und zunehmende soziale Spaltung finden, damit alle Menschen davon profitieren. Die meisten Menschen in Hamburg füh-

len sich mit ihrem Quartier und Stadtteil verbunden und leben dort gerne. Dennoch finden wir: Es gibt überall große und kleine Sachen, die – mit Augenmaß und an den Interessen des Stadtteils orientiert - verbessert werden sollten. Diese Fragen wollen wir gern mit Ihnen zusammen angehen. Deswegen engagieren wir uns vor Ort für unser Viertel, unseren Bezirk und für unsere Stadt. Die Bezirksversammlungen sind das Herz der Bezirkspolitik. Die Bezirksabgeordneten nehmen Einfluss, sie wählen die Bezirksamtsleitung und sie formulieren die politischen Interessen des Bezirks gegenüber der Landespolitik. Deswegen lohnt es sich zur Bezirksversammlungswahl zu gehen.

Was wir genau brauchen, um das Leben in den Stadtteilen zu verbessern, wissen am besten Sie selbst. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir die Entscheidungen der bezirklichen Arbeit auf Beteiligung

aufbauen. In Stadtteilgremien wie beispielsweise Regionalausschüssen und Stadtteilkonferenzen sowie Gesprächen vor Ort und neuen Beteiligungsformen können Sie Probleme benennen und wir finden gemeinsam die bestmögliche Lösung. Beteiligung wollen wir transparent organisieren und die unterschiedlichen Interessen klar benennen. Alle Erfahrungen zeigen, dass die gefundenen Lösungen dann besser sind und vor Ort mitgetragen werden. Beteiligung ist für uns deswegen ein Gewinn und die Grundlage unserer Arbeit und keine lästige Zusatzaufgabe.

In allen Bezirken streiten und werben wir GRÜNE für klare Prioritäten:

■ **Menschen in Hamburg brauchen Grün- und Freiflächen.** Die Stadt gehört ihren BewohnerInnen. Öffentliche Räume sind mehr als bloße Verkaufsflächen oder Verkehrsschneisen. Sie sind Begegnungsstätten. Sie bieten Raum für Sport und Freizeit. Sie gilt es zu erhalten, zu erweitern und zu gestalten. Lebensqualität in der Großstadt erfordert auch unversiegelte Flächen. Grünflächen und Natur haben einen hohen Erholungswert, nützen dem Stadtklima und lassen Raum für Artenvielfalt.

■ **Aufwertung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen.** Nach geltendem Recht wird der/die Bezirksamtsleiter/in

für sechs Jahre von den Bezirksversammlungen gewählt; allerdings unabhängig von der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen. Wir wollen, dass die Amtszeit der Bezirksamtsleiter/innen mit der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen synchronisiert wird. Bei den Wahlen sollen Sie die Möglichkeit haben, unmittelbar auf die Besetzung dieses Amtes Einfluss zu nehmen.

■ **Mobilität ist mehr als von A nach B zu kommen.** Wer seine Wohnung verlässt, ist mobil und bricht auf zur Arbeit, in die Schule und zu Freunden. Daher sind wir GRÜNE für guten Fuß- und Radverkehr mit barrierefreien Wegen sowie guten Bus- und Bahnverbindungen. Wir möchten das Zusammenspiel der verschiedenen Transportmittel fördern. Denn der Trend geht weg vom Auto hin zu einem Mix aus verschiedenen Transportmitteln, die insgesamt weniger Platz brauchen. Das bedeutet, dass wir – ohne wesentliche Beeinträchtigung anderer Funktionen – viele Straßen zu Flächen zum Leben und Begegnen der Menschen beruhigen oder umbauen können.

■ **Stadtentwicklung mit Augenmaß.** Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen. Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau und Baugemeinschaften fördern. Wichtig ist uns nicht nur die Quantität sondern auch die Qualität. Gebaut werden soll sozial



und ökologisch verträglich. Drastische Mietsteigerungen oder die massive Umwandlung bezahlbarer Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen wollen wir durch soziale Erhaltensverordnungen aufhalten. Die Bezirksämter sind auch für die Bebauungspläne zuständig. Wir GRÜNE wollen, dass bei den Planungen stärker als bisher auf die Bedürfnisse vor Ort und den Wohnungsbau eingegangen wird. Um den Charakter der Stadtteile zu erhalten, wollen wir den Denkmalschutz stärken und die Vielfalt von kleinen Gewerbebetrieben vor Ort fördern. Auch in Sachen Energiewende wollen wir Projekte in den Bezirken umsetzen.

■ **Gute Kitas, Schulen und Sozialeinrichtungen für die Stadtteile.** Wir

kämpfen weiter dafür, dass alle Kinder gerechte Bildungschancen bekommen. Aus dem Schul-Volksentscheid 2010 haben wir gelernt, dass wir wichtige gesellschaftliche Reformen nicht von oben herab, sondern nur gemeinsam mit den beteiligten PädagogInnen, Eltern und SchülerInnen in den Schulen vor Ort erfolgreich angehen können. Die drängenden Fragen nach Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit im Bildungswesen sind aber nach wie vor ungelöst. Wir setzen uns deshalb für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kitas genauso wie für das ganztägige Lernen an Schulen ein. Die Hamburger GRÜNEN fordern eine bessere Umsetzung der Inklusion und den Ausbau präventiver Programme. Die Stadtteilschulen müssen endlich so unterstützt werden, dass sie ihre Ziele erreichen können.

Soziale Problemlagen können am besten in den Stadtteilen selber erkannt werden. Wir wollen deshalb die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort und die sozialen Einrichtungen stärken. Kulturelle Vielfalt ist für Hamburg eine Chance. Wo es notwendig ist, wollen wir die integrative Arbeit stärken. Darüber hinaus setzen wir uns in allen Bezirksversammlungen dafür ein, dass Menschen, die nach Hamburg geflohen sind, hier auch menschenwürdig untergebracht werden.

Die Zukunft der Hamburger Bezirke, wie wir sie kennen, ist gefährdet. Wo

Stellen frei werden, können sie oft nicht nachbesetzt werden. Wir wollen starke Bezirke, die ihren wichtigen Aufgaben nachkommen können: in der Kinder- und Jugendhilfe, bei den sozialen Diensten, in der Stadt- und Bauplanung, bei der Pflege von Grünanlagen. Der SPD-Senat hat den Bezirken in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben zugewiesen, allerdings ohne ausreichend Personal. Es muss wieder gelten: Wenn der Senat Aufgaben bestellt, muss er auch für die Bezahlung sorgen. Zur Zeit können die Bezirke wichtige Aufgaben nicht mehr oder nur unzureichend wahrnehmen. Kürzungen in der Erziehungshilfe und den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie sie der SPD-Senat vorgenommen hat, verschärfen soziale Problemlagen eher und sind familienunfreundlich. Insbesondere fordern wir zum Schutz unserer Kinder weiterhin mehr Personal für die Jugendämter in den Bezirken. Wir GRÜNE wollen die Bezirke wieder handlungsfähig machen. Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, stärken Sie die GRÜNE Politik vor Ort und in Hamburg. Wir GRÜNE streiten für klare Werte: Stadtteilorientierung, Bürgerbeteiligung, klimafreundliche Mobilität, Natur- und Klimaschutz, gegen soziale Spaltung, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nachhaltige Arbeitsplätze. Dafür bitten wir Sie bei den Bezirksversammlungs-

wahlen um Ihre Stimme. Wir bitten Sie, am 25. Mai unsere engagierten GRÜNEN Kandidatinnen und Kandidaten in die Bezirksversammlungen zu wählen. Entscheidend sind dabei die fünf Stimmen für Ihre GRÜNE Bezirksliste.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, wir bitten Sie, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den parallel stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament stark zu machen. Wir stehen für ein Europa der gemeinsamen Verantwortung und Solidarität. Wir GRÜNE sind die Partei, die sich in Brüssel und Straßburg für starke Kommunen einsetzt. So haben zum Beispiel unsere Europaabgeordneten die Europäische Kommission gestoppt, als sie mehr Anreize zur Privatisierung kommunaler Wasserversorger schaffen wollte. Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa. Dem anti-europäischen Populismus von Rechts und Links stellen wir eine klare Botschaft entgegen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Bei den Europawahlen wie bei den Bezirksversammlungswahlen gilt:

Gehen Sie wählen und setzen Sie damit auch ein Signal gegen Rechtspopulisten und Nazis in den Parlamenten.

Stärken Sie am 25. Mai GRÜNE Politik vor Ort. Wählen Sie GRÜN!



**GRÜNE
POLITIK
FÜR EIMSBÜTTEL.**

1. EIMSBÜTTEL SOLL GRÜNER WERDEN: GRÜN-, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ IM BEZIRK

Der Bezirk Eimsbüttel gehört zu den am dichtest besiedelten Bezirken der Stadt. Umso mehr müssen wir dem Erhalt grüner Oasen Beachtung schenken. Umweltschutz dient den Menschen, die hier leben:

Die Luft wird besser, das Spielen sicherer, Lärm wird gedämpft, Spazieren

macht mehr Spaß, Regenwasser kann versickern statt die Kanalisation zu überfluten. Wir GRÜNEN werden diese natürlichen Ressourcen nicht dem Hamburger Wohnungsbauprogramm unterordnen. Im Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm wird zutreffend auf den Mangel an grünen Freiflächen

im Kerngebiet hingewiesen. Wir wollen in der Summe keine weitere Versiegelung von Grünflächen. Vielmehr brauchen wir bei einer größer werdenden Zahl von EinwohnerInnen auch mehr Freiflächen, die etwa durch die Sperrung und Entsiegelung von Straßen wie in der Telemannstraße erfolgen kann. Die Bewahrung und Pflege dieser Rückzugsorte schafft nicht nur Lebensqualität für uns Menschen, sie sind auch Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen – einige davon stehen sogar auf der Roten Liste für bedrohte Arten.

1.1 KLIMASCHUTZ

Wir GRÜNEN denken langfristig. Der Klimawandel – dies bestätigen alle ernst zunehmenden Studien – ist nicht mehr aufzuhalten und trifft die Großstädte besonders hart: Durch die Absorptions- und Speicherfähigkeit der Bausubstanz, durch die geringe Durchlüftung der eng bebauten Gebiete und durch eine siedlungsbedingte Wärmeproduktion wird der Temperaturanstieg in den Großstädten deutlich höher ausfallen als in den ländlichen Gebieten. Da die meisten Böden versiegelt sind, helfen auch Regengüsse nur wenig: Es kann kaum Wasser verdunsten und die Stadt kühlen, da es über die Kanalisation schnell abgeführt wird. Die Wirkungen des Stadtklimas bekommen wir jetzt schon, vor allem im Sommer zu spüren. Dann liegen die Temperaturen nachts in den dicht

bebauten Gebieten Eimsbüttels um bis zu zehn Grad Celsius höher als im ländlichen Bereich des Bezirks. Diese städtische Wärmeinsel verursacht bei Menschen Konzentrationsstörungen und wirkt sich nachweisbar negativ auf unser Herz- und Kreislaufsystem aus. Betroffen sind vor allem ältere oder kranke Menschen und kleine Kinder. Auch Starkregenereignisse als Folge des Klimawandels müssen in Zukunft in langfristige Planungen einbezogen werden.

Deshalb setzen wir GRÜNE uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau von Frischluftschneisen
- Überprüfung von versiegelten Flächen - insbesondere Verkehrsflächen - hinsichtlich von Entsiegelungsmöglichkeiten und den Stopp von weiteren Versiegelungen dieser Flächen
- Neubebauung vorrangig nur auf schon versiegelten Flächen – gerade im Kerngebiet - Prüfung der Möglichkeiten einer absoluten Flächenbegrenzung der Versiegelung auf die gesamte Bezirksfläche und die Flächen der Stadtteile bezogen
- Neugestaltung von Oberflächen mit nicht versiegelnden Materialien
- Schaffung und Förderung von neuen Grünflächen in den besonders betroffenen Gebieten (Fassaden und Dachbegrünung)
- Vorhaltung und Ausweisung von Retentionsflächen

Gleichzeitig wollen wir auch vor Ort einen Beitrag leisten, um den Klimawandel wenigstens abzdämpfen. Wir setzen uns deshalb für eine Energiewende vor Ort ein. Konkret:

- Schaffung eines lokalen Energiewendebündnisses
- Größtmögliche Festlegung auf regenerative Energienutzung und Passivhausstandard in Neubauten
- Förderung von kleinen Blockheizkraftwerken durch Festlegungen in Bebauungsplänen

1.2 NATURSCHUTZ

Naturschutz ist derzeit in der Politik des Senats in Hamburg wenig beachtet. Für uns GRÜNE in Eimsbüttel soll Naturschutz wieder eine zentrale Rolle spielen und durch geeignete Maßnahmen wieder stärker in das Bewusstsein aller BürgerInnen gelangen.

Immer wieder erreichen uns Beschwerden von BürgerInnen, die die gängige Praxis der letzten Jahre kritisieren, Gehölzbestände auf öffentlichen Grünflächen radikal auszulichten oder gar ganz zu beseitigen, ebenso wie Straßenbegleitgrün auszumerzen. Durch diese Eingriffe werden Kleinstlebewesen getötet, Vögel und Tiere vertrieben und Menschen durch Gestank und Lärm (Laubpuster) genervt und belastet.

Unbestritten ist, dass für die Artenvielfalt das Vorhandensein einer reich-

haltigen, standortgerechten Strauch-, Kraut- und Kleingehölzschicht Voraussetzung ist. Wir GRÜNEN fordern daher:

- Die Einführung einer ökologisch ausgerichteten, naturnah extensiven Pflege des öffentlichen Grüns
- Ausweisung von Wildwuchsflächen
- Erhalt der unversiegelten Straßenbegleitgrünflächen, Bepflanzung mit heimischen Wildkräutern
- Durchführung eines Wettbewerbs im Bezirk: „Der ökologische Garten“
- Sichern und Ausbau der bestehenden Biotopverbände
- Alte, absterbende Bäume an sicheren Standorten erhalten. Spechte können so Baumhöhlen nutzen und das Altholz bildet ein Habitat für Käfer und Pilze

Wir wollen, dass der Bezirk Eimsbüttel seine Patenschaft für die Fledermaus weiterhin ernstnimmt und eine Ausweitung der Schutzmöglichkeiten prüft.

Flora und Fauna lassen sich auch dadurch stärken, dass Bäche und Flüsse im Bezirk renaturiert werden. Offene Wasserläufe fördern die Artenvielfalt in der Stadt. Mehr erlebbare Natur ist die Folge. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Naturschutzverbände, Gewässer als Lebensräume zu erhalten bzw. umzuwandeln.

Die Bedeutung des Naturschutzes kann sich im Bewusstsein der Menschen nur verankern, wenn die Natur erfahrbar

gemacht wird, dem Menschen Räume gegeben werden, sich selbst auszuprobieren. Unseren Vorstoß, Flächen für Urban Gardening auszuweisen, werden wir deshalb weiter verfolgen. Wir sind überzeugt, dass es auch in Eimsbüttel genügend mögliche Flächen und genauso viele tatendurstige Menschen gibt, die diese Flächen gewinnbringend für alle nutzen werden. Ebenso wollen wir die Entstehung und Verbreitung von öffentlichen Obst- und Gemüsegärten fördern, optimal mitgenutzt und betreut durch Schulen. Gerade Großstadtkinder sollten die Möglichkeiten erhalten, die Herkunft

und Produktion unserer Lebensmittel im Jahreszyklus zu erfahren. Wünschenswert wäre ein Schulbauernhof für den Bezirk Eimsbüttel, dessen mehrmaliger Besuch fest in den Unterrichtsalltag integriert ist.

Im bezirkspolitischen Alltag gehört zum Naturschutz auch die Förderung von Mülltrennung und ordentlicher Abfallsorgung durch Recycling-Container. Diese werden im Zuge von Baumaßnahmen häufig verdrängt. Für uns haben wohnortnahe Recycling-Möglichkeiten eine hohe Bedeutung – sie müssen notfalls auch auf Kosten von KFZ-Parkplätzen



sichergestellt werden. Ebenso wie wir Unterflursysteme den rosa Müllsäcken, die besonders im Kerngebiet die Straßen verschandeln, vorziehen!

1.3 BAUMSCHUTZ

Bäume erfüllen eine unschätzbare stadtklimatische Funktion. Sie sind dabei nicht nur CO₂-Staubfilter und Schattenspender, sondern tragen zudem zum Boden- und Lärmschutz bei, sind Lebensraum für zahllose Tier- und Pflanzenarten, prägen und strukturieren das Stadtbild und sind unverzichtbar für die Naherholung. Die Realität trägt dem nicht unbedingt Rechnung.

Ca. 3.000 Bäume sind im Schnitt in den letzten Jahrzehnten jährlich in Hamburg verloren gegangen – von diesem Negativtrend ist und bleibt auch Eimsbüttel nicht verschont, insbesondere betroffen sind auch Straßenbäume. Die Verwaltung muss immer wieder altersschwache oder kranke Bäume fällen lassen – auch in Folge des Klimawandels und der starken Beanspruchung der Straßenbäume. Häufig scheitern Nachpflanzungen aus unterschiedlichen Gründen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Eimsbüttel an den Straßen und in den Parks mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden um den Trend umzukehren. Die nötigen Finanzmittel für den Bezirk wollen wir hierfür von Senat und Bürgerschaft einfordern.

Darüber hinaus unterstützen wir privates Engagement für den Erhalt sowie die Neu- und Nachpflanzung – etwa in Form von privaten Baumpatenschaften und der Straßenbegleitgrünpflege und fordern eine Entbürokratisierung dieses Engagements der BürgerInnen.

Wir unterstützen nachhaltige Pflegekonzepte sowie die Pflanzung gerade von jenen Bäumen, die ein hohes Maß an Biodiversität gewährleisten und ihrerseits Habitat für zahlreiche Arten sein können. Hierzu gehört neben der Auswahl langlebiger Straßenbäume, dort wo es möglich ist, auch die Anpflanzung von Knicks- und Streuobstbeständen.

1.4 EMISSIONSSCHUTZ=LÄRMSCHUTZ

Vollgas an der Ampel, Triebwerke von startenden Fliegern unter Volllast, Laubbläser in Aktion, Schienengeratter der Bahn: Kaum jemand ist in Eimsbüttel nicht mit dem Umweltproblem Lärm konfrontiert. Das Wohlbefinden der Menschen leidet, Herz-Kreislauf-Krankheiten werden befördert. Die Hauptursache für den Lärm ist eindeutig das hohe Verkehrsaufkommen.

Auf Bundesebene gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die Belastung zu senken – von lärmarmen Autoreifen über Flüsterbremsen für Güterzüge bis zu neuen Auflagen für die Produktion lärmemittierender Maschinen, PKWs und Flugzeugen.

Vor Ort treten wir energisch für die Beibehaltung und Einhaltung des Nachtflugverbots, einer deutlichen Verringerung der Ausnahmegenehmigungen sowie einer nach Lärmemissionen gestaffelten Start- und Landegebühr ein.

1.5 FEINSTAUB- UND STICKOXID-BELASTUNG

Seit 2005 gibt es einen gesetzlichen Grenzwert für Feinstaub in der Luft: Der Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) darf höchstens 35mal pro Kalenderjahr überschritten werden. Vor allem an Abschnitten mit hohem Verkehrsaufkommen und ungünstiger Bebauung wird dieser Grenzwert deutlich häufiger überschritten (z.B. an der Kieler Straße). Hauptursache ist die Zunahme von Dieselfahrzeugen, die trotz der Einführung des Katalysators, in der Summe deutlich mehr Feinstäube an die Umgebung abgeben. Das Gleiche gilt für die Grenzwerte für Stickoxide.

Eine Verringerung der Emissionen, vorrangig an den stark belasteten Hauptverkehrsstraßen, lässt sich schnell und effektiv durch eine Geschwindigkeitsreduzierung erreichen – langsamer ist leiser und abgasärmer. Der so genannte Vorbeifahrtlärmpegel kann dabei um bis zu sieben dB(A) sinken (wobei schon eine Reduzierung um sechs dB(A) eine Halbierung des Lärms bedeutet), wenn Beschleunigungen

vermieden werden. Die Einführung von Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen – zumindest in der Nacht – ist daher eine wichtige Maßnahme der Lärmreduzierung. Dies gilt besonders dann, wenn Tempo 30 mit einer Verstärkung des Verkehrs einhergeht.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Erhalt und Ausbau von Freiluftschneisen
- Wir streben den Stopp weiterer Flächenversiegelung an, Neuversiegelungen wollen wir an anderer Stelle durch Entsiegelung kompensieren
- Schaffung und Förderung von neuen Grünflächen in den besonders verdichteten bzw. betroffenen Gebieten
- Vorhaltung und Ausweisung von Retentionsflächen
- Einführung einer ökologisch ausgerichteten, naturnahen extensiven Pflege des öffentlichen Grüns
- Ausweisung von Wildwuchsflächen
- Bestehende Biotopverbände sichern und ausbauen
- Alte absterbende Bäume an für Menschen sicheren Standorten erhalten
- Unbürokratische Unterstützung von privatem Engagement bei Neu- und Nachpflanzungen und der ehrenamtlichen Pflege von Straßenbegleitgrün
- Reduzierung von und Schutz vor (Verkehrs-)Lärm



2. MOBILITÄT

2.1. DEN STRASSENRAUM NEU VERTEILEN, FUSS- UND RADVERKEHR FÖRDERN

Viele Wege in Eimsbüttel werden ohne Auto bewältigt. Zur Schule, zum Einkaufen, zur Arbeit oder zum Arzt – oft ist es gar nicht so weit und wenn doch, ist das Schnellbahn- und Busnetz in weiten Teilen dicht und leistungsfähig.

Diese Arten der Fortbewegung wollen wir sicherer und komfortabler machen, weil sie gesünder sind und allen nützen.

Kinder müssen sich im Straßenverkehr bewegen können, ohne tödliche Unfälle einzukalkulieren. Mobilitätseingeschränkte Menschen benötigen ebene, breite Gehwege. Der Straßenraum in Eimsbüttel ist heute sehr ungerecht aufgeteilt. Kraftfahrzeuge nehmen (rollend oder parkend/stehend) einen Großteil der Fläche zwischen den Häuserfronten ein, obwohl sie nur einen Bruchteil des Ver-



kehrs ausmachen. Durch die großzügigen kostenlosen Parkplätze in jeder Straße bleibt kaum genug Platz auf der Fahrbahn und den Bürgersteigen. Zudem wissen viele nicht, dass die StVO Fahrräder in der Regel auf der Fahrbahn vorsieht und dass Radwege oft nur noch Zusatzangebote sind, die nur unter hoher Vorsicht sicher befahren werden können. Wir wollen die Fahrbahnen so gestalten, dass Fahrrad und Auto dort sichtbar gleichberechtigt fahren können, die Bürgersteige den FußgängerInnen zurückgeben, die am wenigsten Platz und Sicherheit verbrauchen, und parkende KFZ zumindest dort einschränken, wo sie bisher Verkehrsbehinderungen darstellen.

Dabei haben wir seit 2011 einiges erreicht. So haben wir zwei große Verkehrskonzepte entwickeln lassen, die teilweise bereits umgesetzt werden und deren Realisierung wir in der kommenden Legislaturperiode vorantreiben werden.

Das Verkehrskonzept für das Grindelviertel soll den Verkehr zwischen den Uni-Standorten zu Fuß, mit dem Rad und dem Bus angenehmer und einfacher machen, durch weniger parkende Autos auf den Straßen dank Tiefgaragen und bessere Querungsmöglichkeiten für die Grindelallee.

Mit dem in den Hamburger Bezirken bislang einzigartigen Fahrradforum ha-

ben wir ein Radroutenkonzept für Eimsbüttel entwickelt, das vier breite, glatte, durchgängige Fahrradschnellstraßen durch den Bezirk vorsieht. Die erste davon, aus Stellingen kommend entlang der Osterstraße und Bundesstraße bis zur Alster, wird entlang der Osterstraße bereits geplant. Die nötigen Mittel hat der Senat zugesagt, nun folgt eine umfangreiche BürgerInnenbeteiligung.

Auch der Grindelhof wird nach langem Drängen und nach umfassender Anhörung der AnliegerInnen entschleunigt und mit einem Kreisel versehen. Der Sanierungsbeirat hat anhand der Eimsbütteler Chaussee vorgemacht, wie menschenfreundlich diese Straße aussehen kann, nun haben wir auch für das letzte Drittel der Straße einen entsprechenden Umbau beschlossen. Unsere Veranstaltungen in Lokstedt mündeten im Beschluss für ein Verkehrskonzept für das Gebiet rund um den Grandweg.

Die Hamburger Velorouten und die Eimsbütteler Fahrradrouten sollen nach dem Vorbild von Kopenhagen ausgebaut werden, breit, eben und mit Vorfahrt ausgestattet. Außerdem wollen wir in Kooperation mit Schleswig-Holstein eine Einfallstraße für Fahrräder – einen Rad-schnellweg – ausweisen, auf der man vom Umland bis ins Hamburger Zentrum radeln kann. Auch an großen Straßen muss dem Radverkehr ggf. auf der Fahr-

bahn ausreichend Platz eingeräumt werden. Auf der Hoheluftchaussee wollen wir einen Radfahrstreifen durchsetzen.

Wir wollen überall dort Fahrradstraßen einrichten, wo Rad- und Autoverkehr ähnlich hoch sind. Bei größeren Bezirksstraßen sollen grundsätzlich Radfahr- oder Schutzstreifen angelegt werden. Auf kleinere Straßen, auf denen wiederholt Fahrräder „weggehuppt“ werden, sollen Schutzstreifen unter Aufhebung der Mittellinie oder sollen Fahrradpiktogramme auf die Fahrbahnmitbenutzung hinweisen. Auf Bürgersteigen sollen Radwege zurückgebaut und ggf. durch die „Servicelösung“, also Mitbenutzung im Schrittempo ersetzt werden. In der Rahmenzuweisung für den Straßenbau wollen wir einen Anteil von 15% für die Radverkehrsförderung reservieren.

Wir richten uns speziell gegen Barrieren, die den FußgängerInnen in den Weg gelegt werden - in Form von zu engen Ampelfurten, langen Ampelwartezeiten, großflächigen Geschäftsauslagen, fehlenden Fahrstühlen an Bahnhaltstellen, Falschparkern, fehlendem Winterdienst oder KFZ-zentrierte Baustellen. Fußverkehr wollen wir auch mit dem Projekt „Walking-Bus“ fördern, bei dem GrundschülerInnen sich auf einer festgelegten Route einem beaufsichtigten Kollektiv von MitschülerInnen auf dem Weg zur Schule anschließen kön-

nen. Als GRÜNE wollen wir keine blinde Regeldurchsetzung: Überwachung ist nötig, wenn VerkehrsteilnehmerInnen gefährdet werden. Deshalb wollen wir schwerpunktmäßige Kontrollen, wo sich Beschwerden häufen, sei es über zugeparkte Wege, Geschwindigkeitsübertretungen oder rücksichtslose RadfahrerInnen.

Wie wollen Quartiersgaragen im Austausch für bisher beparkte Straßenflächen sowie flächendeckendes Anwohnerparken (zum Beispiel Grindelviertel, Lokstedt, rund um die Osterstraße, Generalsviertel) fördern.

Park&Ride kann nur am Stadtrand bzw. den Endhaltestellen der Schnellbahnen sinnvoll sein, weil sonst Autoverkehr ins Stadtgebiet gelockt wird. Das Fahrradparken muss in Quartiersgaragen, verschiedenartigen Fahrradhäuschen und durch mehr Bike&Ride-Stellplätze an Schnellbahnen gefördert werden. Fahrradhäuschen sollen ausdrücklich auch auf KFZ-Stellplätzen errichtet werden können. Falls sie nicht mehr zum bisherigen Preis hergestellt werden können, wollen wir auch die Zuschüsse des Bezirks zur Errichtung anheben. Der von der Bezirksversammlung mit Sondermitteln geförderte Umbau der Fahrradstation an der Uni muss endlich erfolgen. Eine Umnutzung der Räumlichkeiten ohne Fahrradbezug lehnen wir ab.

2.2 WOHNSTRASSEN SICHERER MACHEN UND ANWOHNERINNEN ENTLASTEN

Tempo 30 ist ein Wundermittel: Es reduziert die Gefährlichkeit von Verkehrsunfällen ebenso exponentiell wie die Lärmbelastung. Wir wollen daher grundsätzlich auf allen Bezirksstraßen Tempo 30 durchsetzen, Ausnahmen in unbewohnten Straßen sind natürlich möglich; über das Tempo auf den großen Straßen, wie der Gärtner- oder Kieler Straße, Grindel- oder Fruchttalée entscheidet ohnehin der Senat. Aber auch hier fordern wir insbesondere nächtliche Temporeduzierung zur Lärmentlastung, ggf. als vorläufige Maßnahme solange versprochene technische Mittel wie Flüsterasphalt oder Lärmschutzwände auf sich warten lassen. Dabei reicht es nicht, Schilder mit Tempolimits aufzustellen, Verkehrsberuhigungen müssen baulich etwa durch Verschwenkungen oder Aufpflasterungen abgesichert werden. Auch Spielstraßen oder Gemeinschaftsstraßen sollen häufiger für ein Miteinander im Straßenverkehr zum Einsatz kommen. In Wohngebieten muss den Anliegen der AnwohnerInnen mehr Rechnung getragen werden. Die längst aufgegebene, aber von der Straßenverkehrsbehörde trotz Bezirksverantwortlichkeit weiterverfolgten „Vorbehaltsstraßen“ – kleinere Stra-



ßen, die Durchgangsverkehr von den Magistralen ableiten sollen – darf es nicht mehr geben.

Gerade den LKW-Durchgangsverkehr wollen wir aus unseren Stadtteilen fernhalten. Zumeist fordern selbst AnwohnerInnen Verkehrsberuhigung, -reduzierung und eine bequemere alternative Fortbewegung. Dafür brauchen wir stadtteilbezogene Verkehrskonzepte etwa für Lokstedt (Grandweg), Eidelstedt (Eidelstedter Platz), Stellingen (Überwindung von Kieler Straße, Autobahn und Sportplatzring) oder Schnelsen (Frohmestraße).

Mit dem Projekt „Beweg die Stadt“ hat die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion 2012 auch für Eimsbüttel viele neue verkehrspolitische Impulse und Prioritäten aus

den Ideen und Problemmeldungen der BürgerInnen erzeugt. Anregungen und Vorschläge aus diesem Projekt werden wir auch in der nächsten Legislatur aufgreifen und als Richtschnur verwenden.

2.3 ÖFFENTLICHEN VERKEHR FÖRDERN

Beim öffentlichen Nahverkehr wird die Bezirkspolitik nur beratend herangezogen. Trotzdem vertreten wir hier klare Positionen. Die GRÜNEN in Eimsbüttel sprechen sich für Stadtbahnlinien anstelle der Buslinien 5 und 20/25 aus. Auch die Linie 4 soll langfristig zur Stadtbahn werden. Ein erster Schritt dazu können durchgängige Busspuren darstellen.

Für die Entlastung der Ausfallstraßen im Bezirk ist es essenziell, dass die AKN



bis Kaltenkirchen als Verlängerung der S21 umgeplant, elektrifiziert und im Takt verdichtet wird. Die Haltestelle Elbgaustraße darf dadurch nicht benachteiligt werden. Gerade in der Bauphase des A7-Deckels ist eine Entlastung durch die AKN zwingend.

Carsharing reduziert den Parkraumbedarf und die Zahl der Gelegenheitsautofahrten. Daher wollen wir Carsharing im Bezirk fördern, indem wir Stellflächen und Raum für Info-Tafeln zur Verfügung stellen. Den Vorzug geben wir dabei Anbietern, die auf eine ökologisch sinnvolle Flotte achten und die in ihrem Geschäftsverhalten Verantwortung an den Tag legen.

Auch die Ausweitung des Stadtrades werden wir weiter fordern, wir unterstützen Forderungen am Geomatikum, rund um BDF und in Richtung Stellingen/Eidelstedt und Niendorf/Lokstedt.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Radfahr- oder Schutzstreifen auf allen größeren Bezirksstraßen
- Aufbringung von Fahrradpiktogrammen auf der Fahrbahn
- Förderung des Fußverkehrs durch Projekte wie den „Walking-Bus“
- Quartiersgaragen im Austausch für bisher beparkte Straßenflächen, Stadtradstationen ausweiten, Platz für Car-Sharing
- Flächendeckendes AnwohnerInnenparken im Kerngebiet und angrenzenden urbanen Stadtteilen
- Grundsätzlich Tempo 30 auf allen Bezirksstraßen
- Die Buslinie 5 20/25 und 4 perspektivisch durch eine Stadtbahnlinie ersetzen



GRÜNE POLITIK FÜR EIMSBÜTTEL.

3. STADTPLANUNG IM BEZIRK EIMSBÜTTEL - GRÜN, SOZIAL UND BETEILIGUNGSORIENTIERT

Eimsbüttel ist Teil des wachsenden Hamburg. Wachstum ist ein gutes Zeichen für die Attraktivität unserer Stadt und eine große Chance. Es ist allerdings auch eine große Herausforderung. Wohnraum wird schon heute immer knapper und teurer.

Kernziel GRÜNER Politik für Eimsbüttel ist es, gutes und bezahlbares Wohnen in einer lebenswerten Stadt für alle Menschen zu ermöglichen.

Mit dem drohenden Verlust der sozialen Balance in vielen Vierteln finden wir uns nicht ab. Wohnen ist für uns keine Ware. Es ist ein Grundbedürfnis. Zugleich

wollen wir auch Flächenversiegelung stoppen bzw. verringern, wir wollen die Auswirkungen auf unser Stadtklima stärker beachten und den grünen Charakter des städtischen Raums erhalten. Die schon praktizierte Bürgerbeteiligung im Bereich der Stadtplanung wollen wir sichern und ausbauen.

3.1. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN UND ERHALTEN

Über 40 Prozent der Sozialwohnungen im Bezirk Eimsbüttel fallen in den nächsten Jahren aus der Bindung. Für die Stadtplanungspolitik heißt das, bei Neubauten, insbesondere auf städtischen Liegenschaftsflächen, verstärkt öffentlich geförderten Wohnungsbau zu schaffen.

Darüber hinaus wollen wir Bindungsfristen verlängern – sei es, dass sie von vorneherein länger vereinbart werden oder später durch Ankauf von Bindungsrechten verlängert werden. Hierzu benötigt der Bezirk die Unterstützung der Senatsbehörden. Eine Bestandsaufnahme zum Wohnungsmarkt im Bezirk Eimsbüttel zeigt, dass die Förderrichtlinien zum sozialen Wohnungsbau aufgrund der Grundstückspreise in unserem Bezirk geändert werden müssen, um in einigen Stadtteilen sozialen Wohnungsbau überhaupt erst zu ermöglichen. Wir wollen, dass auch in kleineren Bauprojekten einige Sozialwohnungen integriert werden.

Auch ist es wichtig, dass wir verstärkt flexible Wohnungstypen schaffen, die der Nachfrage entsprechen und weniger auf ein Angebot für ein zahlungskräftiges Klientel zielen. Wir wollen die Vielfalt der Lebensformen unterstützen. Baugemeinschaften sind – neben den Wohnungsbaugenossenschaften – wichtig, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften wollen wir weiterhin unterstützen.

Die soziale Erhaltensverordnung für Eimsbüttel-Süd haben die GRÜNEN mit auf den Weg gebracht, sie wird hoffentlich in Kürze Wirkung zeigen. Ziel der Verordnungen ist es, die Zusammensetzung der ansässigen Wohnbevölkerung, also das angestammte Milieu, zu erhalten, um negative städtebauliche Folgen im Stadtteil oder auch darüber hinaus in anderen Stadtteilen zu verhindern.

Mit der Verordnung wird ein zusätzlicher Genehmigungsvorbehalt eingeführt. Damit unterliegen alle Bauvorhaben wie Modernisierungen, Nutzungsänderungen einer weiteren Genehmigung nach § 173 BauGB. Auf Grundlage der Umwandlungsverordnung ist auch die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig. Zudem erhält die Stadt ein allgemeines Vorkaufsrecht. Auf GRÜNE Initiative hin hat

die Bezirksversammlung die Prüfung der sozialen Erhaltensverordnungen für Hoheluft-West, Eimsbüttel-Nord und Stellingen beschlossen. Aufgrund der engen Personallage im Bezirk ist die Umsetzung allerdings noch offen. Die Forderung nach einer Unterstützung durch die Senatsbehörden ist bislang abgelehnt worden. An diesem Punkt wollen wir weiter kämpfen, um Verdrängungseffekte in den Stadtteilen zu stoppen.

Den Leerstand von Wohnraum wollen wir verstärkt durch die Möglichkeiten des Wohnraumschutzgesetzes bekämpfen.

Neu verankert im Eimsbütteler Wohnungsprogramm sind besondere Wohnformen: Jugendwohnungen, betreute Wohnmöglichkeiten für Erkrankte, Übergangsmöglichkeiten aus der öffentlichen Unterbringung ebenso wie Platz für Flüchtlinge gehören hierzu. Diesen Ansatz wollen wir unterstützen und geeignete Standorte finden.

Der demographische Wandel ist nicht nur eine Querschnittsaufgabe sondern auch ein eigenes Aufgabenfeld im Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm. Wir wollen verstärkt die Möglichkeiten von Mehrgenerationenwohnen und anderen generationenübergreifenden Konzepten fördern und die Anstrengungen verstärken, barrierefreie bzw. barrierearme Wohnungen bereitzustellen.

3.2. KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN

Planungsvorhaben müssen stärker auf ihre Auswirkungen für das Stadtklima geprüft werden. Ein wichtiges Element für Klimaschutz ist der Stopp oder zumindest die Verringerung der Flächenversiegelung. Wir setzen verstärkt, wie von Experten im Wohnungsbauprogramm Eimsbüttel empfohlen, auf die Aufstockung von Gebäuden. Bei Planungsvorhaben müssen wir auch über Möglichkeiten höherer Bauweisen diskutieren. Im sehr verdichteten Kerngebiet gilt es auch die Grenzen der Nachverdichtung zu prüfen. Gerade verdichtete Bereiche benötigen ausreichende Freiflächen – zum Beispiel in den Innenbereichen von Wohnbauten.

Auch die Qualität neuer Bauten kann zum Klimaschutz beitragen, wie etwa mit Dachgärten und „atmenden Häusern“. Den Anspruch des Wohnungsbauprogrammes für Eimsbüttel auf mehr Qualität gilt es gerade unter Beachtung der Klimaschutzaspekte praktisch umzusetzen. Umweltgerechter Städtebau bedeutet zum Beispiel:

- Licht- und Wärmegewinn: Sonnenlicht optimal ausnutzen, Verschattungseffekte durch Gebäude auch auf Freiräume prüfen

- durch Neubauprojekte ruhige Räume neu schaffen und bestehende ruhige Räume respektieren



■ mit komfortablen Fahrradstellplätzen und Carsharing-Angeboten nachhaltige und emissionsarme Mobilitätsformen fördern.

Qualitätsziele sollten verstärkt Bestandteil der städtebaulichen Verträge im Bezirk werden. In Einzelfällen sollte für Projekte mit besonderen Herausforderungen ein begleitendes Qualitätscontrolling mit zertifizierendem Abschluss vereinbart werden.

3.3. PLATZ FÜR GEWERBETREIBENDE, STADTTEILZENTREN, KULTUR UND DENKMALSCHUTZ

Bei allen notwendigen Anstrengungen für den Wohnungsbau wollen wir die Belange von kleinen Gewerbe- und Handwerksbetrieben als notwendigen Bestandteil unserer Infrastruktur bei den Planungen berücksichtigen und zudem neue räumliche Möglichkeiten in Betracht ziehen, zum Beispiel Gewerbehöfe. Das Gelände

des ehemaligen Recyclinghofes am Offakamp in Lokstedt oder die Fläche des Informatikums in Stellingen, wo Gewerbe entstehen soll, wären aus unserer Sicht für Gewerbetreibende geeignete Standorte.

Unsere Stadtteile brauchen lebendige Stadtteilzentren. In der Hohe Luftchaussee ermöglicht der neue Bebauungsplan positive Veränderungen, die die Situation für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und HändlerInnen verbessern. Zur Situation am Eidelstedter Zentrum haben wir ein breites Beteiligungsverfahren mit angeschoben. Der Tibarg mit dem BID entwickelt sich positiv. Für die weitere Nutzung eines Gebäudes, das künftig nicht mehr für Schulzwecke benötigt wird, will der Bezirk Bürgerbeteiligung sicherstellen. Die Diskussionen um ein neues Zentrum in Lokstedt wollen wir unterstützen. Für Lokstedt hat die Bezirksversammlung bereits eine Bürgerbeteiligung initiiert.

Sorge bereitet uns die Situation in der Frohmestraße. Aus unserer Sicht ist es notwendig, nach dem Deckelbau die Chancen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch veränderte Verkehrssituationen zu ergreifen. In der Osterstraße erhoffen wir uns durch den geplanten Umbau die Aufenthaltsqualität zu steigern und damit das Stadtteilzentrum zu stärken.

Im Rahmen der Fortschreibung des Wohnungsbauprogramms haben Experten zutreffend auf die Notwendigkeit hingewiesen, verstärkt soziokulturelle Infrastruktur bei den weiteren Planungsvorhaben zu schaffen. Wir wollen kulturelle Angebote in den Stadtteilen unterstützen, dazu beitragen, die kreativen Potenziale in den Stadtteilen zu nutzen und dafür auch die Möglichkeiten der Zwischennutzung leerstehender Ladengeschäfte als Orte für Kultur prüfen.

Die Diskussionen um die Mutzenbacher Villa im Niendorfer Gehege, die Geschichte der Kasernen an der Bundesstraße und die Umbauten der Sophienterrassen zeigen: Denkmalschutz und der Umgang mit den Spuren der Geschichte ist den Menschen wichtig. Wir wollen daher diese Aspekte stärker bei Planungen berücksichtigen. Die Senatsbehörden werden wir aus ihrer finanziellen Verantwortung für den Denkmalschutz nicht entlassen.

3.4. PLANUNGSKULTUR IST TEIL DER POLITISCHEN KULTUR: BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN AUSBAUEN, GEMEINSCHAFTSFLÄCHEN SCHAFFEN

Das Lebensgefühl der Menschen in Eimsbüttel hängt wesentlich von der Qualität der gebauten Umwelt ab: Vom Städtebau, von der Freiraumplanung, vom Umgang mit dem historischen Erbe, von der Architektur und der Nachhaltigkeit der Planung.

Wir möchten bei wichtigen Planungen von Beginn an alle Akteure – BürgerInnen, Bauherren, Verwaltung und Politik – an einen Tisch holen. Beteiligungsprozesse müssen bei den Planungszielen ansetzen, ergebnisoffen sein und transparente, verständliche Verfahren und Regeln haben. Alle Ergebnisse, auch in den Zwischenphasen, sollen dokumentiert werden und im Internet verfügbar sein. Wir werden uns als GRÜNE deshalb dafür einsetzen, dass sich der Bezirk Leitlinien für eine gute Bürgerbeteiligung gibt, anhand derer der Anspruch an die Qualität der Verfahren und Prozesse deutlich und für BürgerInnen und Bürger überprüfbar wird.

Die Erfahrungen der breiten und offenen Bürgerbeteiligung für die Bebauung der Flächen am Sportplatzring in Stellingen zeigen, wie sinnvoll es ist, BürgerInnen frühzeitig einzubinden. Umfassende Bürgerbeteiligung am Riekbornweg in Schnelsen führte dazu,

dass es im Rahmen der öffentlichen Auslegung keine Einwendung mehr gab.

In Bürgerbeteiligungen wird immer wieder die Forderung nach Gemeinschaftsflächen und nicht-kommerziellen Treffpunkten laut. Eine verdichtete Stadt braucht Freiflächen - öffentliche Freiflächen, die auch für gemeinschaftliche Nutzungen erlebbar sind, wie z.B. Grillen, Sport, Bewegung.

Das Planungsvorhaben am Sportplatzring in Stellingen sieht jetzt die Schaffung eines Stadtteilhauses vor und bezieht bestehende Angebote ein.

Das Hamburg-Haus in Eimsbüttel soll stärker genutzt werden können, unter anderem für kulturelle Veranstaltungen. Neue Möglichkeiten kultureller Nutzung sind auch bei Freiflächen zu prüfen, wie zum Beispiel selbstverwaltete Freiflächen. Liebgewordene und beliebte Orte könnten wieder mit neuem Leben gefüllt werden: Wir denken an die Räume der Diakonie in Eimsbüttel, die das Theater N.N. lange Zeit nutzte, diese könnten als kultureller Ort wieder reaktiviert werden.

Während im Bereich der Stadtplanung für Bebauungsvorhaben eine neue Planungskulturbereitschaft gelebt wird, gibt es in anderen Bereichen Nachholbedarf: Zu nennen sind hier die Baugenehmigungsverfahren, die bislang in nicht-öffentlichen Ausschusssitzungen behandelt werden, und zahlreiche Gestaltungen von Straßenflächen, wie etwa die Planungen der Senatsbehörden

zum Busbeschleunigungsprogramm. Wir treten dafür ein, dass Baugenehmigungsverfahren weitgehend öffentlich gestaltet werden. Und wir erhoffen uns von der Umsetzung des Transparenzgesetzes, dass der Öffentlichkeit deutlich mehr Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiterentwickeln und ausweiten. Das bedeutet die Beteiligung auf weitere Themen auszubauen. Nicht nur Spielplätze und wenige Bebauungspläne betreffen die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Aufstockung von Gebäuden und Eindämmung von Flächenversiegelung
- Längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen
- Schaffung flexibler Wohnungstypen
- Gentrifizierung eindämmen durch Soziale Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen für Eimsbüttel-Süd, Eimsbüttel-Nord, Stellingen und Hoheluft-West
- Flexiblere Fördergrenzen für Sozialwohnungen, um auch in kleineren Bauprojekten diese zu ermöglichen
- Gewerbeflächen erhalten um Leben und Arbeit im Quartier zu verbinden
- Positive Entwicklung der Planungs- und Beteiligungskultur weiter ausbauen: Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung im Bezirk Eimsbüttel schaffen



4. KINDER UND JUGENDLICHE IM ZENTRUM GRÜNER POLITIK

Wir GRÜNE stellen Kinder und Jugendliche ins Zentrum der Gesellschaft und geben ihnen Raum - mit all ihren Interessen und Bedürfnissen.

Damit junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung gefördert werden, müssen die Interessen von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Politikfeldern besonders

berücksichtigt werden. Deswegen gilt es, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und jugendfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Dies ist nur durch eine aktive und produktive Zusammenarbeit von Kindern und Jugendlichen, Eltern, Einrichtungen, Verwaltung und Politik möglich.

4.1 KINDER BRAUCHEN RAUM FÜR ENTWICKLUNG

Kinderbetreuungseinrichtungen sind für uns GRÜNE nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern auch feste Schutz- und Bezugsräume für Kinder. Die GRÜNEN Eimsbüttel setzen sich deshalb für eine bedarfsgerechte Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen im Bezirk ein – mit dem Ziel, allen Kindern und Familien qualifizierte und an ihren Bedürfnissen orientierte Angebote zugänglich zu machen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und um die Bedingungen für eine möglichst optimale Entwicklung der Kinder zu verbessern, müssen die Betreuungs- und Förderangebote für alle Altersstufen noch stärker als bisher ausgebaut werden. Die Qualität des Betreuungs-, aber auch des Bildungsangebotes muss weiterentwickelt und die Personalausstattung in allen Einrichtungen verbessert werden. Dabei soll Betreuung und Förderung für alle Eltern bezahlbar sein.

Bei uns GRÜNEN haben in Eimsbüttel Spielplätze Vorrang vor Parkplätzen. Neben der kindgerechten Gestaltung und regelmäßigen und sorgfältigen Wartung der bestehenden Spielplätze setzen wir uns auch für die Errichtung neuer Spielplätze und Spielhäuser ein. Dazu gehört auch, generationsübergreifende, als Treffpunkt geeignete Freiflächen, Spielplätze, Skate-Anlagen und Bolzplätze zu erhalten

bzw. zu schaffen. Wir wollen dabei auch ermöglichen, dass Schulen Patenschaften für Grünflächen übernehmen oder in Projekte des Urban Gardening mit einbezogen werden.

Wir wollen, dass Schulhöfe außerhalb der Schulzeit als Treffpunkte für alle zugänglich sind und werden dies in den entsprechenden Gremien auch durchsetzen.

4.2 KINDER BRAUCHEN SCHUTZ UND HILFE

In der Umsetzung des Systems Frühe Hilfen hat Eimsbüttel sich für das Modell der Familienhebammen zur Früherkennung von physischen und psychischen Mängeln bei Kindern entschieden.

Die GRÜNEN Eimsbüttel unterstützen das Modell der Familienhebammen, setzen sich aber gleichzeitig für die Schaffung einer Säuglingsambulanz für die niedrigschwellige Betreuung von Müttern und Kindern im Bezirk ein. Alle Kinder haben das Recht auf bestmögliche Bildung, gesunde Ernährung und gewaltfreie Erziehung. Die Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder wollen wir intensiver führen als bisher. Wir werden den Landesaktionsplan gegen sexuelle Gewalt konsequent umsetzen.

Immer wieder erschrecken uns Nachrichten von Kindern, die unglaublicher Gewalt ausgesetzt waren und gestorben sind. Dies lässt sich nur verhindern, wenn die personelle Ausstattung der entspre-

chenden Fachbehörden und vor allem des ASD verbessert wird. Auf jeden Fall werden wir mit aller Kraft gegen eine Kürzung der Mittel- und Personalausstattung in diesem Bereich kämpfen.

Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit in Vereinen oder Jugendverbänden. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort müssen unterstützt und qualifiziert werden, um Gefährdungen abzubauen und Kinder stark zu machen.

Einen weiteren Schwerpunkt legen wir auf die Förderung von Einrichtungen, die Familien bei der Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützen. Neben den Eimsbütteler Elternschulen sind dabei u.a. das Kinder- und Familienzentrum in Schnelsen/Burgwedel und auch das Mehrgenerationenhaus Nachbarschatz (ehemals Mütterzentrum Eimsbüttel) von besonderer Bedeutung.

4.3 KINDER UND JUGENDLICHE BRAUCHEN OFFENHEIT

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hat als eigenständiges Arbeitsfeld der Jugendhilfe für die GRÜNEN Eimsbüttel einen sehr hohen Stellenwert. Ihre Eigenständigkeit in allen Bereichen muss gesichert werden. Wir wehren uns gegen die finanzielle Ausblutung der OKJA zugunsten der sozialräumlichen Hilfsangebote (SHA), ohne die Sinnhaftigkeit von SHA grundsätzlich in Frage zu stellen.

OKJA und SHA sollen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie fordern den Erhalt der OKJA, weil wir in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin ein unverzichtbares Erfahrungs- und Lernfeld für Kinder und Jugendliche sehen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII) gibt Kindern und Jugendlichen das Recht auf einen von ihnen gestalteten Freiraum, der sich ganz ihren Interessen und ihrer Selbstbildung widmet. OKJA ist ein Lernfeld, das Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, die Chancen demokratischer Gestaltung zu erfahren.

4.4 JUGENDARBEIT UND FAMILIENFÖRDERUNG BRAUCHEN EINE AUSREICHENDE FINANZIERUNG

Die GRÜNEN Eimsbüttel werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und die Angebote der Familienförderung von finanziellen Einschnitten in die kulturelle und soziale Infrastruktur der Stadt verschont bleiben. Das heißt, dass wir uns dafür einsetzen, die Regelfinanzierung über das Jahr 2014 hinaus dauerhaft sicherzustellen. Grundsätzlich gilt es, die Infrastruktur von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur zu sichern, sondern vor allem auszubauen.

Kleine Träger, die über wenige Eigenmittel verfügen, bedürfen einer besonderen finanziellen Absicherung. Sie, wie

alle anderen Träger der Jugendhilfe, benötigen für eine finanzielle Grundversorgung zusätzliche Mittel aus dem Landesetat.

4.5 JUGENDLICHE BRAUCHEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Eine typische Form sozialer Integrationshilfe ist neben vielen anderen Bereichen die aufsuchende Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit). Hier werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Straßensozialarbeit und die aufsuchende Jugendsozialarbeit in Eimsbüttel nicht nur in den Büros, sondern auf der Straße, in den Quartieren, in Einkaufszentren, Parkanlagen, Cafés und Kneipen stattfindet - dies auch in den Abendstunden und an Wochenenden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im öffentlichen Raum Aufenthalts- und Entfaltungsmöglichkeiten finden. Wir fordern daher, dass die Bezirke wieder ausreichend Mittel für die Pflege von Spielplätzen und Aufenthaltsorten für junge Leute erhalten.

4.6 JUNGE LESBEN UND SCHWULE BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG

Nach wie vor ist das Coming-out für junge Lesben und Schwule sehr schwierig. In den Jugendeinrichtungen und an den Schulen, auch den weiterführenden Schulen, soll es daher

AnsprechpartnerInnen für sie geben. Wir wollen den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung sicherstellen.

4.7 KINDER UND JUGENDLICHE BRAUCHEN FINANZIELLE SICHERHEIT

Die GRÜNEN Eimsbüttel sehen neben anderen ExpertInnen der Jugendhilfe in Eimsbüttel Armut und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen als sehr reales Problem an, auch wenn häufig der Eindruck entsteht, dass es zurzeit kein relevantes gesellschaftliches oder politisches Problem ist. Mit großer Sorge sehen wir die spezifischen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen, die in den Bereichen Schule und Bildung sichtbar werden. Von Einrichtungen wird außerdem zunehmend darauf hingewiesen, dass zunehmend Kinder auffallen, die nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt sind.

Die GRÜNEN Eimsbüttel setzen sich dafür ein, das Thema „Armut und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in Eimsbüttel“ immer wieder in allen Ausschüssen, aber vor allem im Jugendhilfeausschuss auf die Agenda zu setzen. Unser Ziel ist es einen Bericht zur Kinder- und Jugendarmut in Eimsbüttel vorzulegen. Dieser Bericht soll nicht nur den Ist-Stand referieren, sondern auch Handlungswege aus der Problematik aufzeigen.

4.8 KINDER UND JUGENDLICHE BRAUCHEN PARTIZIPATION

Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Wir streben die Gründung eines bezirklichen Jugendparlaments mit eigenem Etat über den Jugendhilfeausschuss an. Die GRÜNEN Eimsbüttel setzen sich in besonderer Weise dafür ein, dass die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im Bezirk, aber auch in den Einrichtungen der OKJA erhöht werden. Politische Gestaltungsprozesse sollen auf diesem Wege für Kinder- und Jugendliche direkt beobachtbar, nachvollziehbar und sogar beeinflussbar werden.

Die GRÜNEN Eimsbüttel setzen sich dafür ein, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen die Kinder- und Jugendcharta für Eimsbüttel umzusetzen.

4.9 KINDER BRAUCHEN REGIONALE BILDUNGSLANDSCHAFTEN

Eine kreative Stadt braucht Bildungs- und Betreuungsangebote, die allen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern - und das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf Bildung und Betreuung von der Kita über die Schule, die Ausbildung bis zur Hochschule.

Eimsbüttel hat ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot. Dieses zu erhalten und weiterzuentwickeln, ist ein zentrales Anliegen GRÜNER Bezirkspolitik.

4.10 AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

Als GRÜNE setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen im Bezirk ein - mit dem Ziel, allen Kindern und Familien qualifizierte und an ihren Bedürfnissen orientierte Angebote zugänglich zu machen. Durch die Einführung der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS), mussten und müssen viele Kitas ihre Hortgruppen auflösen, einige gehen selbst eine Kooperation mit einer Schule ein. Diese neue Form der Zusammenarbeit muss gestärkt werden, hier kann in besonderer Weise der Übergang von Kita zu Schule begleitet werden.

Ab dem 1. August 2014 wird der Besuch der Kita für Kinder von einem Jahr bis zum Schulstart gebührenfrei sein und zwar für fünf Stunden inkl. Mittagessen. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich; für Kinder aus Familien ohne Erwerbseinkommen wird damit ein Kitabesuch möglich. Damit der Betreuungsanspruch eingelöst werden kann, müssen auch genügend 5-Stunden-Plätze zur Verfügung stehen. Diese sind bisher für viele Kitas aufgrund der begrenzten finanziellen Förderung



schwierig herzustellen. Ebenso werden Ganztagsplätze und flexible Betreuungszeiten, z.B. für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, immer wichtiger. Damit Bildungsprozesse für Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können, setzen wir uns auch für eine qualitative Weiterentwicklung im Kita-bereich ein. Dazu werden wir Projekte zur Resilienzförderung von Kindern in Kitas ebenso anregen und unterstützen wie solche, die zur Qualitätssteigerung in der Kindertagespflege beitragen. Die Kindertagespflege mit

ihren vielen engagierten Tagesmüttern und -vätern darf nicht aus dem Blick geraten. Sie stellt eine starke Alternative zur Kita dar und schafft für Eltern wichtige Wahlmöglichkeiten.

Um gezielt Kinder- und Bildungsarmut sowie sozialer Exklusion in der Gruppe entgegenzuwirken gehört für uns ein kostenloses Frühstück in jeder Kita und in der Tagespflege dazu. Für diese Qualitätsentwicklung werden wir uns beim Senat einsetzen, ebenso für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Für Kitas in sozialschwächeren Teilen des

Bezirks werden wir auf Antrag die Gewährung von bezirklichen Sondermitteln prüfen.

Die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Eltern in Kitas wollen wir stärken. Der Bezirkselfternausschuss ist die politische Vertretung der Kita-Eltern und damit ein wichtiger Partner bei der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Der Bezirkselfternausschuss ist vom bezirklichen Jugendamt über wesentliche Fragen der Tagesbetreuung zu informieren und anzuhören, so sieht es das Gesetz vor. In der Praxis ist die Unterstützung der Arbeit des Bezirkselfternausschusses durch die Hamburger Verwaltung unzureichend. Wir werden uns als GRÜNE dafür einsetzen, dass eine stärkere Einbindung des BEAs erfolgt und auch die Fachbehörde (BSB) die Arbeit des Bezirkselfternausschusses stärker unterstützt.

Wir GRÜNE stehen dafür, die Zahl der ganztägigen Betreuungsplätze für Kinder bis 6 Jahren weiter auszubauen. Und wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, damit Bildungsprozesse für Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. Dazu werden wir Projekte zur Resilienzförderung von Kindern in Kitas ebenso anregen und unterstützen wie solche, die zur Qualitätssteigerung in der Kindertagespflege beitragen.

4.11 BILDUNGS- UND BETREUUNGSGARANTIE FÜR GRUNDSCHULKINDER

Kitas und Grundschulen bilden die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg von Kindern. Deshalb ist es für uns wichtig, alle Kinder einzubeziehen.

In der Schaffung eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes an allen Grundschulen sehen wir einen wichtigen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Bildungswesen und zur Unterstützung von Familien bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ziel ist es: Kitas und Grundschulen kooperieren eng und bieten als Bildungshäuser auch den Eltern Erziehungshilfe und Sprachkurse an. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Ressourcen zugunsten der frühkindlichen Bildung umgeleitet werden.

Eine ganztägige Grundschule muss aber mehr sein als eine Schule. Sie muss sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und mehreren Bildungsformen Raum bieten. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Grundschulen mit den TrägerInnen außerschulischer Bildungs- und Freizeitarbeit auf Augenhöhe zusammenarbeiten und deren Angebote integrieren, so dass eine regionale Bildungslandschaft entstehen kann.

Die regionalen Bildungskonferenzen haben die Aufgabe, Bildung im Bezirk zu koordinieren und das Miteinander der

verschiedenen Akteure zu gestalten. Die GRÜNEN unterstützen diesen Prozess. Ziel muss es sein, ein integriertes Bildungsangebot für alle zu schaffen.

4.12 UMWELTBILDUNG

Als GRÜNEN liegt uns ein Bildungsangebot besonders am Herzen, das Kinder und Jugendliche frühzeitig über Umweltprojekte für den Erhalt und die Schaffung von städtischem Grün begeistert. Für uns ist Umweltbildung daher eine zentrale Aufgabe der Schule - letztlich geht es um die Sicherung einer natürlichen und gesunden Lebenswelt für alle Menschen. Das Schlagwort heißt „Bildung für Nachhaltigkeit“, Nachhaltigkeit im sozialen, ökonomischen und ökologischen Kontext. Dabei kommt der Nutzung außerschulischer Lernorte besondere Bedeutung zu für projekt-, erlebnis- und handlungsorientiertes Lernen. Im Sinne der Förderung von Gestaltungskompetenz sind insbesondere längerfristige Projekte bedeutend. Konkret sind z.B. Patenschaften für öffentliche Grünflächen, Projekte zur ökologischen Schulhofgestaltung oder auch von SchülerInnen durchgeführte Energiesparmaßnahmen an Schulen denkbar. Unverzichtbar für uns ist dementsprechend der Einbau von Produktionsküchen an Ganztagschulen. Nur sie entsprechen dem Gedanken einer gesunden, nachhaltigen – und

dem Klimaschutz verpflichteten – Ernährung der Schülerinnen und Schüler und bieten zudem den weiterführenden Schulen Gelegenheit für den Einsatz von PraktikantInnen in den Schulküchen.

4.13 VIELFALT VON SCHULE UND BILDUNGSWEGEN

Die Schulen befinden sich in einem grundlegenden Umstrukturierungsprozess: Neben den Gymnasien gibt es inzwischen Stadtteilschulen, die alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur anbieten. Alle Stadtteilschulen sollen künftig Ganztagschulen werden. Dabei ist die Kooperation mit außerschulischen Bildungsanbietern wie Sportvereinen, Jugendhilfe und Kultureinrichtungen eine wichtige Voraussetzung.

Gymnasien und Stadtteilschulen müssen sich öffnen und zu Bildungszentren im Stadtteil werden. Schulbibliotheken wollen wir zugleich als öffentliche Bibliotheken gestalten. Auf diese Weise fördern wir das Miteinander der Menschen im Stadtteil, auch das Miteinander von Jung und Alt.

Durch enge Kooperation mit Stadtteilschule und Gymnasium entsteht für die Schülerinnen und Schüler eine weitgehend kontinuierliche Bildungsbiographie. Eimsbüttel hat damit die Chance, beispielhaft eine Bildungsregion für längeres gemeinsames Lernen zu entwickeln. Die GRÜNEN unterstützen diesen Prozess.

4.14 BILDUNG UND INKLUSION

Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam aufwachsen können. Bei allen unseren bildungspolitischen Maßnahmen ist uns die Umsetzung des Ziels der Inklusion ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der Inklusion in den Kitas und Schulen in Eimsbüttel ein, wobei das Recht der Eltern zu entscheiden, welche Angebote sie für ihre Kinder nutzen wollen, geachtet wird.

Im Rahmen von Inklusion ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe organisatorisch zwangsläufig aus dem verlängerten Schultag von Kindern und Jugendlichen. Inhaltlich ergibt sich diese Notwendigkeit aus der zunehmenden Überforderung der Lehrer mit „unangepassten“, den Unterricht störenden, „nicht gruppenfähigen“ Schülern. Hierzu haben Schul- und Jugendbehörden eine Rahmenvereinbarung geschlossen und die Bildung „Temporärer Lerngruppen“ beschlossen.

Die GRÜNEN Eimsbüttel stehen diesem Vorhaben kritisch gegenüber, weil sie darin eine dem Prinzip der Inklusion entgegengesetzte Praxis der Exklusion sehen.

4.15 SPORT

Eimsbüttel bietet im Sport eine große Vielfalt. Neben den klassischen Sportarten gibt es Exotisches wie zum Beispiel Taekwondo oder auch Curling, das in

der Halle an der Hagenbeckstraße mit großem Erfolg betrieben wird; die Mannschaft hat sich für die olympischen Spiele qualifiziert.

In Eimsbütteler Sportvereinen sind über 36.000 Mitglieder aktiv; allein die drei größten Vereine haben knapp 28.000 Mitglieder. Ebenso wichtig für die Sportlandschaft sind aber die vielen kleinen Vereine, die vor Ort gute Arbeit leisten und unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Sport findet vielfach auch außerhalb der Vereine statt, ob auf dem Bolzplatz beim Fußball oder im Niendorfer Gehege beim Joggen; Sport hat in Eimsbüttel eine Bedeutung, durch die das Gesicht des Bezirks mitgeprägt wird.

Sport braucht Orte, die entsprechend den Bedürfnissen gestaltet sein müssen.

Die größte Aufgabe ist nach wie vor, Grandplätze durch Kunstrasen zu ersetzen. Geschafft haben wir endlich die Umrüstung des Reinmüller-Platzes, es folgt die Anlage Furtweg in Eidelstedt. Nachgedacht werden sollte über den Bau einer unterirdischen Quartiersgarage in Verbindung mit der Sanierung des Reinmüller 2.

Offen ist noch die Gestaltung des Gustav-Falke-Platzes im Kerngebiet. Die Anlage gehört zwar einem kleinen Verein, ist aber umgeben von sechs Schulen mit insgesamt über 4.000 SchülerInnen und Schülern, die alle diesen

Sportplatz für den Unterricht brauchen, aber wegen seines miserablen Zustands nicht nutzen können. Auf Initiative u.a. der GRÜNEN ist ein Runder Tisch eingerichtet worden, der Fragen der Gestaltung und der Finanzierung klären soll und an dem sich alle relevanten Akteure beteiligen. Es gibt viele gute Ideen; das größte Problem ist derzeit noch die Finanzierung.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Sportstätten, die vorwiegend von Schulen genutzt werden, durch Schulbau Hamburg mit finanziert werden.

Wir unterstützen Konzepte, die über den Vereinssport im engeren Sinne hinausgehen; so haben wir die Einrichtung einer SportKita bei Grün-Weiß Eimsbüttel begrüßt und die Unterstützung mit Sondermitteln nachdrücklich befürwortet.

Sport ist generationenübergreifend, Sport integriert, Sport ist ein wesentlicher Teil der Bildung, Sport fördert Inklusion. Sport ist deshalb für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen der Kommunalpolitik, das wir weiterhin mit großem Engagement befördern und mitgestalten wollen.

Dass die Eimsbütteler Sportvereine im Bereich Behindertensport weit vorn sind, zeigt sich bei der Verleihung des Werner-Otto-Sportpreises, der seit 2011 jährlich vergeben wird (jeweils 3 Anerkennungspreise und einer der Hauptpreise). In diesen Jahren waren

immer Eimsbütteler Sportvereine unter den Preisträgern (2011 SV Eidelstedt Anerkennungspreis für Integrations-sportprojekt, 2012 Werner-Otto Preis für Judoabteilung des Eimsbütteler TV, 2013 Anerkennungspreis für Grün-Weiß Eimsbüttel für Fußballangebot).

Dieses Engagement der Eimsbütteler Sportvereine wollen wir ausbauen und fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Sportlerehrung ein Inklusionspreis, der mit einem Geldwert aus Sondermitteln dotiert ist, ausgeschrieben wird und jeweils für ein besonderes Inklusionsprojekt ausgelobt wird, das an einem Sportverein in Eimsbüttel umgesetzt wurde. Dieser Preis soll Anreiz für die Sportvereine sein, inklusive Angebote auszubauen oder zu begründen.

Unsere wichtigsten Forderungen im Bereich Kinder und Jugendliche auf einen Blick:

- Förderung der Freiwilligenarbeit
- Erhalt der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Verstärkte Fortsetzung der Sanierung und Schaffung von Spielplätzen
- Einführung eines Jugendparlaments
- Vom Senat fordern wir: Kostenloses Frühstück in Kitas
- Einsatz von Sondermitteln für spezielle Projekte in Kitas
- Stadtteilschulen stärken
- Alle Schulen – auch die Gymnasien – inklusiv machen



5. EIMSBÜTTEL: INTEGRATIV, SOZIAL UND KULTURELL

5.1. INTEGRATION UND MIGRATION

In Eimsbüttel leben und arbeiten viele Menschen mit einer Einwanderungsbiographie. Sie werden mit ihren Potenzialen, Nöten und Sorgen oft nicht genügend wahrgenommen.

Ziel der GRÜNEN ist es, auch diesem Teil der Bevölkerung volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wichtig ist hierbei die Einsicht, dass Integration

ein zweiseitiger Prozess sein muss. Bisher aber betrachtet man Integration in Deutschland gewöhnlich als einseitige Leistung: Der/die so genannte AusländerIn soll sich integrieren. Aber auch die Aufnahmegesellschaft muss sich bemühen, ihre bisher nicht integrierten Bevölkerungsteile einzugliedern. Integration darf nicht nur ein abstrakter

Begriff bleiben, auch kein Problem der Einstellung der MigrantInnen, sondern sie muss mit konkreten politischen Schritten und Maßnahmen gefördert werden: In der Bildungs- und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Gesundheitsförderung sowie in der Antidiskriminierungspolitik. Die GRÜNEN möchten sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Menschen, egal welcher Herkunft, an Diskussions- und Entscheidungsprozessen teilhaben und weiterhin in Eimsbüttel ihre Akzente setzen. Es muss selbstverständlich sein, dass jeder Mensch in seiner Vielfalt die Möglichkeit der uneingeschränkten Teilhabe in allen Bereichen des Lebens hat.

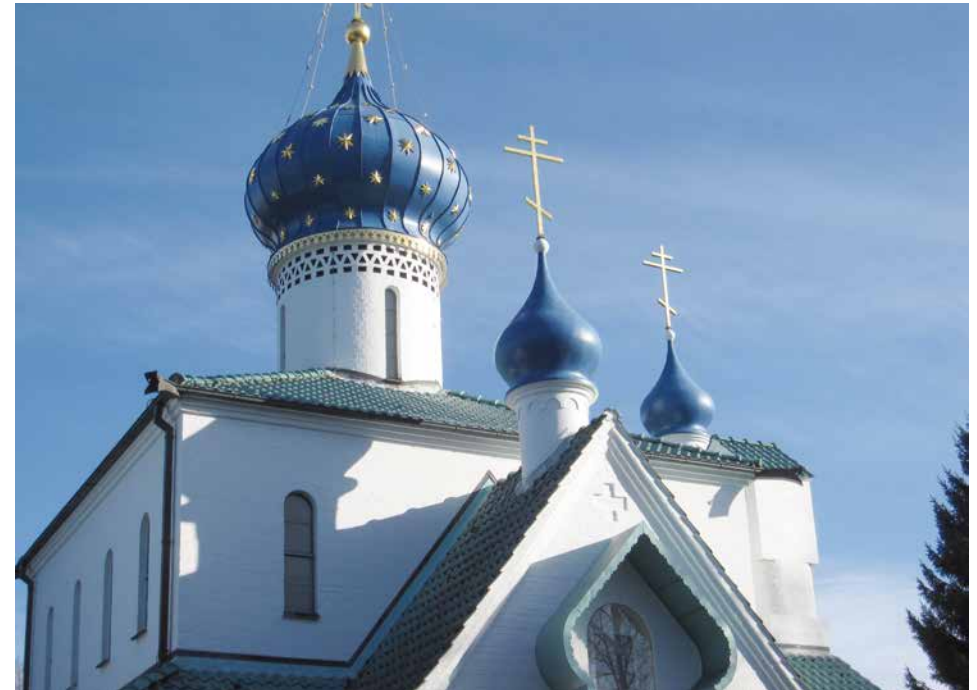
Von den GRÜNEN mit vorangetrieben wurde das Konzept „Vielfalt in Eimsbüttel - Leitlinien zur Umsetzung des Hamburger Integrationskonzeptes für den Bezirk Eimsbüttel“. Dieses befindet sich derzeit in der politischen Diskussion in der Bezirksversammlung und mit Verbänden. Die GRÜNEN waren von Anfang an in der Arbeitsgruppe „Integrationskonzept“, die sich aus Politik und Verwaltung zusammensetzte, mit dabei. Bereits die Entwicklung dieser Eimsbütteler Integrationsleitlinien wurde in einem beispielhaften Beteiligungsprozess mit MigrantInnen-Organisationen umgesetzt.

Handlungsfelder sind:

- Einbürgerung und politische Mitgestaltung
- Zusammenhalt stärken
- Gesundheit und Pflege
- Interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung

Wir wollen mit diesem Konzept Integrationsmaßnahmen konkret umsetzen, aber auch den gesellschaftlichen Dialog zur Integration verstärken. Uns ist auch die weitere interkulturelle Öffnung der Verwaltung wichtig, die Bemühungen zur Gewinnung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sollten verstärkt werden. Darüber hinaus wollen wir ein kommunales Wahlrecht: Die GRÜNEN fordern Beteiligung und Mitsprache durch ein Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen, die hier ihren festen Wohnsitz haben. Ein weiteres Ziel ist eine höhere Beteiligung von ZuwandererInnen in Stadtteilbeiräten und anderen Gremien.

Der Erhalt und die Förderung interkultureller Einrichtungen sind besonders wichtig. Die GRÜNEN wollen sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Integrationsprojekte finanziell unterstützt und gefördert werden, denn Sport verbindet Menschen und bietet ein besonderes Integrationspotenzial. Wichtig ist uns auch, dass interkulturelle Seniorengruppen, wie



z.B. beim IKB in der Hallerstraße, in der Lenzsiedlung, in Schnelsen oder im Hindu-Tempel in Stellingen weiterhin gefördert werden.

5.2. GLEICHSTELLUNG

Die Kernelemente GRÜNER Gleichstellungspolitik sind Chancengleichheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Gleichstellung heißt für uns konkret, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die jeder Bürgerin und jedem Bürger die selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht.

Neben der Gleichstellung von Frauen

und Männern, der Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen machen wir uns stark für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Da dieses eine Querschnittspolitik ist, finden Sie hierzu unsere Forderungen in verschiedenen Teilen des Wahlprogramms. Als sichtbares Zeichen für Gleichstellung flaggt der Bezirk Eimsbüttel auf GRÜNE Initiative zum Christopher Street Day.

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Teilhabe an Politik und Gesellschaft und Kernanliegen GRÜNER Politik.

Frauen haben in den letzten Jahren viele Hindernisse auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft überwinden können, aber noch nicht alle.

Wir wollen durch eine geschlechtergerechte Politik die Grundlagen dafür schaffen, dass persönliche, selbstbestimmte Entscheidungen von Mädchen und Frauen, aber auch Jungen und Männern in allen Situationen im Lebensverlauf möglich sind. Wir treten Benachteiligung und Diskriminierung entschlossen entgegen. Unser Ziel ist es, dass Geschlechtergerechtigkeit bereits in der frühkindlichen Bildung zum Prinzip pädagogischen Handelns wird. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer müssen ihre Entscheidungen unabhängig von Geschlechterklischees treffen können. Wir fordern, dass im Rahmen der Aufgaben des Bezirks Beiträge zur vollen und gerechten Teilhabe von Frauen an Gesellschaft, Arbeit und Wirtschaft geleistet werden, dass Frauen und Männer bei Ausgaben, Leistungen und Aktivitäten der Bezirksverwaltung gleichermaßen bedacht werden und dass die in unserem Bezirk verankerten Beratungsstellen für Frauen und Mädchen weiter unterstützt werden.

5.3. GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

Eine aktive Gesundheitspolitik und eine engagierte Sozialpolitik in Eimsbüttel sind für uns GRÜNE unverzichtbar. Die GRÜNEN Eimsbüttel stehen für eine

inklusive Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die niemand aussondert, die Barrieren überwindet und die Teilhabe aller garantiert. Auch wenn wir schon vieles auf den Weg gebracht haben, bleibt noch etliches zu tun:

- Wir setzen uns ein für die konsequente Umsetzung der in der UN-Konvention garantierten Rechte für Menschen mit Behinderung.

- Wir wollen angemessene Lebensgestaltungsmöglichkeiten und eine gute Gesundheitsförderung im Alter.

- Wir stehen ein für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum und für den Ausbau der Wohnmöglichkeiten in der Öffentlichen Unterbringung.

- Wir setzen uns ein für die Verhinderung von Armut.

- Wir wollen eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit.

- Wir wollen eine integrierte Gesundheitsversorgung, in deren Mittelpunkt der Mensch und sein soziales Umfeld stehen und bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenarbeiten.

- Wir wollen eine Förderung der Freiwilligenarbeit

5.4 MENSCHEN MIT BEHINDERUNG – SELBSTBESTIMMT STATT AUSGEGRENZT

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf gleichberechtigte und selbst-

bestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Barrierefreie Gemeinwesen, Strukturen und Angebote sind hierfür ebenso notwendig wie bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen. Dabei werden wir die Lebenssituation von behinderten Frauen besonders berücksichtigen.

Um all das zu verwirklichen, wollen wir GRÜNEN auch einen Inklusionsbeirat mit ehrenamtlich tätigen Bürgern schaffen, wie es ihn im Bezirk Wandsbek längst gibt. Er soll die BezirkspolitikerInnen bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterstützen und beraten, was im Bezirk zu tun ist, um das von den Vereinten Nationen propagierte Recht auf absolut gleichberechtigte Teilhabe aller Behinderten und Nichtbehinderten am Alltagsleben ohne jede Benachteiligung und ohne jede Barriere durchzusetzen.

Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie Internetseiten sind selbstverständliche Voraussetzung für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden.

Alle Hilfen für Menschen mit Behinderung wollen wir am individuellen Bedarf ausrichten. Sie sollen so lange wie möglich in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können. Für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“ auch für Menschen mit hohem Hilfebedarf

oder für älter werdende Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Politik und den Behinderteneinrichtungen und -organisationen ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechtsansprüche auf Teilhabe wohnortnah realisieren können.

Die Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Kinderhorten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir so schnell wie möglich umsetzen.

Wir wollen dass Barrierefreiheit grundsätzlich bei Planungen von Umbauten von Straßenkreuzungen und Ampeln berücksichtigt wird. Wir wollen uns für mehr barrierefreie Busse und eine Beschleunigung des Programmes zum barrierefreien Umbaus von U-Bahn-Haltestellen gegenüber dem HVV einsetzen, sowie natürlich auch bei der Deutschen Bahn im Hinblick auf die S-Bahn-Stationen.

Wir wollen auch eine inklusive Sozialraumentwicklung in Hamburg voranbringen und die barrierefreie Ausgestaltung von Freiräumen und Grünflächen vorantreiben. Es muss wieder selbstverständlicher werden Menschen mit Behinderung als sichtbaren Teil unserer Quartiere wahrzunehmen.

Wir benötigen mehr barrierefreie Wohnungen. Das entsprechende Handlungsfeld des Eimsbütteler

Wohnungsbauprogramm wollen wir in den jeweiligen Bauvorhaben stärker berücksichtigen. Wir setzen darauf, dass Investoren entsprechende Förderprogramme stärker nutzen und SAGA/GWG als städtisches Unternehmen hier stärker Verantwortung wahrnimmt.

Wichtige Schritte auf diesem Weg werden sein:

- Das Einsetzen eines Inklusionsbeirates
- Der konsequente Ausbau ambulanter Wohnformen
- Darüber hinaus sehen wir den Senat in der Verantwortung bessere Rahmenbedingungen für ein barrierefreies Hamburg zu schaffen.

5.5 IN WÜRDE ALT WERDEN

Immer mehr ältere Menschen leben im Stadtteil und immer mehr ältere Menschen im Stadtteil sind unterversorgt, sowohl was Wohnraum, die Güter des täglichen Lebens, medizinische Leistungen wie auch die soziale Teilhabe betrifft.

Wir wollen unsere Stadtteile fit machen, damit Menschen – so sie dies wollen – in allen Lebensphasen dort wohnen können. Dazu muss es Wohnungen für Singles, Familien und SeniorInnen geben. Es muss ein Anreiz geschaffen werden, damit SeniorInnen wenn sie alleinstehend sind aus ihren Familienwohnungen ausziehen – diese

für Familien frei machen – und in der Nachbarschaft in kleinere Wohnungen, die ihren Bedürfnissen angepasst sind, umziehen können. Die Bebauung am Rimbartweg in Lokstedt ist hierfür ein gutes Beispiel.

Wir wollen gemeinsam mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern – aber auch generationsübergreifend – den demografischen Wandel gestalten. Dazu werden wir in der kommenden Legislaturperiode die vorhandenen Konzepte ausbauen und neue entwickeln müssen, insbesondere im Hinblick auf Selbstbestimmung und soziale Teilhabe. Die Arbeit des bezirklichen Seniorenbeirates wird von uns geschätzt als wichtiger Impulsgeber für seniorengerechte Politik im Bezirk.

Viele SeniorInnen leben im Alter allein. Ihr Essen wird meist lieblos von einem Lieferdienst gebracht. Dabei ist ein gemeinsames Mittagessen ein wichtiger Beitrag am Tag, um Kontakte zu pflegen. In unseren Bürgerhäusern wollen wir Mittagstische initiieren, die insbesondere alleinstehenden SeniorInnen eine Anlaufstelle sein können, aber auch für alle anderen Zielgruppen wie Berufstätige oder SchülerInnen offen sind.

Wir werden die Entwicklung von Quartierskonzepten unterstützen, die eine Versorgungssicherheit im Wohnumfeld für ältere und für mobili-



tätseingeschränkte Menschen gewährleisten. Dies geht von verlässlichen, niedrigschwelligen Angebots- und Versorgungsstrukturen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Ehrenamt bis hin zu ambulanten und teilstationären Wohn- und Betreuungseinrichtungen für demenzkranke Menschen.

Die GRÜNEN Eimsbüttel werden die vielfältigen Möglichkeiten im Bezirk fördern und ausbauen, sich über Aktivitäten und Pflege beraten zu lassen. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass die ständige Gesundheitsvorsorge bei SeniorInnen gewährleistet ist, es eine Anlaufstelle im Bezirk zur Versorgung in Notfällen gibt, bezirkliche Akti-

vitäten zur Bewegung von SeniorInnen gefördert werden. Damit die finanzielle Situation hierfür kein Hinderungsgrund ist, setzen wir uns u.a. für die Ausgabe von SeniorInnen-Gutscheinen für sportliche Aktivitäten ein.

Außerdem werden wir weiterhin Wohnprojekte wie z.B. SeniorInnen-WGs unterstützen sowie Wohnmodelle, in denen Jung und Alt gemeinsam leben. Darüber hinaus setzen wir uns ein für Maßnahmen gegen Vereinsamung, z.B. durch kulturelle Angebote im Bezirk.

Da wohnortnahe hausärztliche Versorgung wichtig ist, setzen wir uns dafür ein, dass ein(e) HausärztIn und notwendige FachärztInnen in der Nähe praktizieren.

Daher unterstützen wir kultursensible Versorgungsnetzwerke, in denen über aktuelle Anlaufstellen informiert wird.

5.6 EIMSBÜTTEL – EIN ZUHAUSE FÜR ALLE

Die öffentliche Unterbringung von Flüchtlingen stellt Hamburg und insbesondere den hochverdichteten Bezirk Eimsbüttel vor große Herausforderungen. Eimsbüttel stellt im Vergleich zu den anderen Hamburger Bezirken bisher die wenigsten Plätze (gemessen an der EinwohnerInnenzahl) für die öffentliche Unterbringung von Flüchtlingen, obdach- und wohnungslosen Menschen zur Verfügung und steht daher aus unserer Sicht besonders in der Pflicht seine Kapazitäten auszubauen. Dabei geht es aber nicht nur um möglichst viele Plätze an einem Standort. Unser Ziel sind

kleinere und dezentrale Einrichtungen an gut erschlossenen Standorten mit einem besseren Betreuungsschlüssel. Die Unterbringung in Containern halten wir dabei nur als Übergangslösungen für akzeptabel. Wir streben an, dass Eimsbüttel ausreichend Kapazitäten in Form von festen Wohnungen und Pavillondörfern schafft, die auch bei schwankenden Flüchtlingszahlen erhalten bleiben, um in Zukunft flexibel zu reagieren. Auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien muss bei der Gestaltung der Unterkünfte besondere Rücksicht genommen werden.

Die frühzeitige und umfassende Information der Anwohnerinnen und Anwohner ist für uns unabdingbar und eine zentrale Bedingung für das Gelingen der Integration der Menschen aus den Einrichtungen in den Stadtteil. Wir fordern



vom Senat die Abschaffung der Residenzpflicht, welche die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen erheblich einschränkt.

Die Lokstedterinnen und Lokstedter haben mit ihrer Herzlichkeit und ihrem großen Engagement für die Menschen, die an der Lokstedter Höhe untergebracht sind, gezeigt, dass in Eimsbüttel Vielfalt und Solidarität gelebt wird und Flüchtlinge willkommen geheißen werden. Wir wollen für ein solches Engagement auch weiterhin bezirkliche Sondermittel bereitstellen und Hilfestellung durch die Verwaltung bei der Koordination ermöglichen.

Die Bezirksversammlung hat bereits auf Initiative der GRÜNEN beschlossen, ein neues Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen zu erarbeiten und dabei neben freien Flächen auch die Nutzung vorhandener leerstehender Gebäude zu prüfen. Der Entwicklung dieses neuen Konzepts wollen wir uns als GRÜNE weiter mit Hochdruck widmen, ebenso wie der Vermittlung der Menschen aus der öffentlichen Unterbringung in regulären Wohnraum.

Besonders gravierend ist das Problem der Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Um den Menschen wieder ein Zuhause und Hilfen zu geben, setzen wir uns beim Senat ein für

- mehr Wohnraum-Angebote für sozial Schwache,
- mehr Aufenthaltsstätten mit Wascheinrichtungen,

- den Ausbau der ärztlichen Versorgung für Obdachlose,
- den Ausbau der Rechtsberatung für Obdachlose,
- den Ausbau von Sozialberatungen sowie Personal für soziale Betreuung.

5.7 ARMUT VERHINDERN

Die Entstehung von Armut im Bezirk zu bekämpfen ist ein zentrales Handlungsfeld GRÜNER Sozialpolitik, denn Armut schädigt die Gesundheit, verhindert echte Teilhabe und grenzt Menschen aus.

Viele Menschen wissen gar nicht, welche Ansprüche sie auch in Notsituationen bzw. als BezieherInnen von ALG II haben. Deshalb wollen wir den Ausbau von Beratungsstellen vorantreiben, damit auch Menschen mit geringem Einkommen in Würde leben können.

5.8 GESUND LEBEN UND ARBEITEN

Der dritte Teil des Hamburger Paktes für Prävention befasst sich mit krankmachenden Arbeitsbedingungen und dem besorgniserregenden Anstieg der Krankenschreibungen und Frühverrentungen wegen psychischer Erkrankungen.

Wir wollen uns in Eimsbüttel dafür einsetzen, dass der Öffentliche Dienst bzw. die Verwaltung zum Modell für einen guten, die Gesundheit nicht gefährdenden Arbeitsplatz wird.

Die Arbeitswelt wird zunehmend anspruchsvoller. Burn-out und Ermü-

dungen sind Probleme von ArbeitnehmerInnen. So wünschen sich immer mehr Menschen in der Mitte ihres Lebens Pausen und Sabbaticals. Wir wollen, dass dies im Bezirksamt möglich wird und MitarbeiterInnen gezielte Programme vorgestellt werden.

5.9 INTEGRIERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG UND SOZIALBERATUNG

AUSBAU/SCHAFFUNG VON STELLEN IN DER AUFSUCHENDEN SOZIALARBEIT IM BEZIRK

Viele Menschen können oder wollen von sich aus keine Beratungsstellen oder psychotherapeutischen Einrichtungen aufsuchen, obwohl sie dringend Hilfe benötigen. Hier bietet die aufsuchende Sozialarbeit und psychosoziale Beratung und Therapie in Familien und bei älteren Menschen eine geeignete Möglichkeit, insbesondere in Notfällen schnelle und wirksame Hilfe zu leisten. Dass diese Angebote geschaffen werden, ist uns ein großes Anliegen.

FRÜHERKENNUNG UND PRÄVENTION IM KLEINKINDALTER

In der Vergangenheit wurden wir immer wieder erschüttert von Berichten über Verwahrlosung bei Kindern und Kleinkindern. Um sicherzustellen, dass es soweit gar nicht kommt, fordern wir vom Senat die finanziellen Mittel für:

- Eine Säuglingsambulanz in Eimsbüttel.
- Verbesserte Kontrollen der Wahrnehmung der frühkindlichen Untersuchungen.
- Eine spezielle Schulung des Personals an Kitas und Schulen im Hinblick auf Ernährung und psychische Gesundheit.
- Kostenloses Frühstück in Kitas.

PRÄVENTION DURCH GESUNDE ERNÄHRUNG UND SPORT

Wir vertreten die Auffassung, dass gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung unerlässlich für die Gesundheit sind. Sportvereine leisten hier einen bedeutenden Beitrag. Daher setzen wir uns ein für den Erhalt und die Erneuerung von Sportstätten, für ausreichend Sportangebote sowie für Anlaufstellen bei Fragen zu gesunder Ernährung und Kochkursen.

PRÄVENTION DURCH HILFEN GEGEN BURNOUT

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden krank durch ständige Überforderung im Beruf. Längst gibt es hierfür vielfältige private Beratungs- und Behandlungsangebote. Aber das können sich nicht alle leisten. Wir denken, dass dieses Problem so drängend ist, dass es bezirkliche Anlaufstellen für Hilfesuchende geben muss.

SUCHT

Durch eine Intensivierung der Arbeit des bezirklichen Suchtbeirats möchten wir die

bestehenden Angebote intensivieren und akzeptierende Suchtarbeit unterstützen.

5.10 KULTURPOLITIK IN EIMSBÜTTEL

Eimsbüttel ist ein lebendiger Stadtteil. Es gibt viele lokale Kultureinrichtungen und Veranstaltungen. Vom Völkerkundemuseum oder den Kammerspielen bis hin zum MUT!-Theater oder dem Filmraum, vom Abaton und dem Holi oder der Geschichtswerkstatt bis zu den Bürgerzentren und den vielen hier nicht genannten Initiativen und Einrichtungen. In Eimsbüttel gibt es Kultur für Viele.

Bei den Rahmenezuweisungen der finanziellen Mittel für die Stadtteilkultur kommt Eimsbüttel im Vergleich zu anderen Bezirken (mit Ausnahme von Harburg und Bergedorf) sehr schlecht weg. In Eimsbüttel gibt es kaum finanziellen Spielraum in der Stadtteilkultur. Die Unterstützung neuer Projekte ist bei der aktuellen Rahmenezuweisung durch den Stadtteil unmöglich. Daher werden wir uns auch zukünftig für eine Erhöhung der Rahmenezuweisungen durch den Senat und die Bürgerschaft einsetzen, um auch auf veränderte Situationen im Bezirk eingehen zu können und neuen Kultureinrichtungen oder Initiativen eine Regelfinanzierung zu ermöglichen.

Bei der Verteilung der Stadtteilkulturmittel wollen wir insbesondere Initiativen der Off- und Jugendkultur stärken.

Projekte, die sich mit den Themen Integration und Migration befassen, sollen besonders gefördert werden.

Wir werden bei der Verteilung der Stadtteilkulturmittel ein besonderes Augenmerk darauf legen, ob Kulturveranstaltungen barrierefrei zugänglich sind.

Wir wollen bis 2019 ein Eimsbütteler Kulturstipendium etablieren, das jeweils einem Künstler oder einer Künstlerin, zum Beispiel in Form eines Atelierplatzes oder eines Stadtschreiberstipendiums, zugute kommt.

STADTTEILKULTURZENTREN

Wir machen uns stark für unsere Stadtteilkulturzentren. Wir wollen erreichen, dass sie eine höhere Sockelfinanzierung erhalten. Wir wollen eine politische Initiative begründen, die das Hamburg-Haus als Kulturzentrum stärkt.

Das neue Gemeinschaftshaus in Stellingen soll auch Kulturzentrum für das Quartier werden.

2013 musste das Theater N.N. seinen Standort am Hellkamp aufgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass hier ein neuer Kulturort entsteht. Die Bezirksversammlung wird Initiativen prüfen und mit einer Anschubfinanzierung unterstützen.

JUGENDKULTUR

Wir wollen uns zukünftig stärker für Jugendkultur einsetzen und fordern Jugendprogramme in den Stadtteilzentren.



Wir wollen erreichen, dass Gelder für Jugendkultur bereitgestellt werden, über deren Vergabe Kinder und Jugendliche selbst entscheiden können.

ERINNERUNGSKULTUR

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns aktiv in die Vorbereitung für einen Monat des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus eingebracht. Das wollen wir fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass die Veranstalter eine solide Finanzierung aus bezirklichen Sonder-

mitteln erhalten. Erinnerungskultur spielt insbesondere in der jüngeren Geschichte eine große Rolle. Die Geschichtswerkstätten entwickeln Projekte auf Grundlage der so genannten Oral History. Zeitzeugen sind wichtige Quellen. Zu ihnen zählen seit den 60er Jahren auch Menschen mit Migrationshintergrund. Kulturprojekte, die ihre Geschichte erzählen, wollen wir unterstützen.

Zur Erinnerungskultur gehört für uns auch die Heimatgeschichte. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine

Regelfinanzierung für das Eidelstedter Heimatmuseum und das Forum Kollau (Stadtteilgeschichtsverein und -archiv für Lokstedt, Niendorf und Schnelsen).

DENKMALSCHUTZ

Wir haben das Thema Denkmalschutz erfolgreich auf die lokalpolitische Agenda befördert und konnten den Abriss der Mutzenbecher Villa im Niendorfer Gehege verhindern. Für sie und auch die Amsinck Villa konnten neue Nutzungen gefunden werden. Für die Umsetzung der Konzepte wollen wir uns stark machen und die Prozesse begleiten und voranbringen.

Der Blick auf das Wohnungsbauprogramm erfüllt uns insofern mit Sorge, als dass wir den Abriss alter Baudenkmäler befürchten. Wir wollen daher Leitlinien für den Denkmalschutz in Eimsbüttel entwickeln und uns auch mit den Gebäuden der Nachkriegsarchitektur befassen und diese würdigen.

INKLUSION IM KULTURBEREICH

Bisher sieht der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung das Thema Kultur nicht vor. Wir wollen in Eimsbüttel den Grundstein für die Umsetzung der UN-Konvention in der lokalen Kulturpolitik legen. Dazu wollen wir in einem ersten Schritt Sondermittel für Audiodeskription und Gebärdendolmetscher zur Verfügung stellen.

Wir wollen ein Netzwerk entwickeln

und Kulturinitiativen, die inklusiv arbeiten, in besonderem Maße fördern. Wir werden bei der Verteilung der Stadtteilkulturmittel die Barrierefreiheit der Veranstaltung besonders berücksichtigen und einen Nachweis darüber anstreben.

5.11 WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben werden immer durchlässiger. Umso wichtiger ist es, dass Arbeit und Wohnen verträglich miteinander verbunden sind. Eine Stadt, die zukunftsfähig bleiben will, muss diese Entwicklung berücksichtigen. Mischgebiete müssen verstärkt neben reinen Gewerbegebieten und reinen Wohngebieten möglich sein. Stadtplanung umfasst auch die Planung von Gewerbeflächen. Wirtschaftspolitik berührt Bereiche der Stadtplanung. Deshalb wollen wir das Gewerbeflächenkonzept 2012, welches die Flächen benennt wo Gewerbeansiedlungen erfolgen können, weiterentwickeln und Eimsbüttel zukunftsfähig machen.

ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

Im dicht besiedelten Eimsbüttel ist es grade für flächenintensive oder große Unternehmen schwer geeignete Standorte zu finden. Der Wegzug der Firma Tesa ist für uns ein Warnsignal. Wir müssen intensiver mit den Firmen in den Dialog treten und wollen uns beim Senat für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung einsetzen.

LEBENDIGE ZENTREN

Wir setzen unseren Kurs zur Stärkung der Stadtteilzentren fort. Daher wollen wir an anderen Stellen zentrenschädigen Einzelhandel nicht genehmigen. Wir brauchen Zentren, die den BürgerInnen eine Nahversorgung bieten. Dabei wollen wir den lokalen Einzelhandel stärken. Aber auch lokale Handwerksbetriebe wollen wir bei unseren stadtplanerischen Überlegungen bedenken. „Made in Eimsbüttel“ soll für alle BürgerInnen erlebbar werden.

Die Osterstraße ist das Einkaufszentrum des Bezirks Eimsbüttel. Sie lebt von der Vielfalt unterschiedlicher Einzelhändler und Angebote. Die Rund-um-Versorgung leistet ein Warenhaus, das für den Erhalt der Attraktivität der Osterstraße zentral ist. Wir setzen uns für einen Fortbestand von Karstadt in der Osterstraße ein.

Wir wollen in den Zentren Räume für Existenzgründer und Co-Working-Spaces zur Verfügung stellen.

LEBEN UND ARBEITEN IM VIERTEL

Auch im Kerngebiet werden zunehmend Gewerbeflächen (kleine Läden und Restaurants/Kneipen) in Wohnraum umgewandelt. Dieser Entwicklung stellen wir uns entgegen. Wir wollen lebendige Quartiere mit Eckkneipen und Läden. Alteingesessene Handwerksbetriebe wie Schuster oder Klempner sollen Teil der Wohnquartiere bleiben.

WOCHENMÄRKTE

Immer wieder mussten wir in der vergangenen Legislatur um den Erhalt unserer Wochenmärkte kämpfen. Wochenmärkte bieten den BürgerInnen die Möglichkeit lokale Produkte frisch zu kaufen.

Wir wollen die Eimsbütteler Wochenmärkte erhalten und ausbauen. So setzen wir uns zum Beispiel für einen Wochenmarkt im neu entstehenden Stelling Quartier auf der Sportplatzfläche ein.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Umsetzung des Konzeptes „Vielfalt in Eimsbüttel“
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer
- Dezentrale und kleinteiligere Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen
- Eine Säuglingsambulanz für Eimsbüttel
- Einsetzung eines Inklusionsbeirats
- Berücksichtigung der Geschlechter bei der Verteilung von Mitteln
- Höhere Rahmenezuweisung für Eimsbüttels Kulturbereich
- Konsequenter Einsatz für den Denkmalschutz



**GRÜNE
POLITIK
FÜR EIMSBÜTTEL.**

6. GRÜNE POLITIK REGIONAL

6.1. GRÜNE POLITIK FÜR DAS KERNGEBIET

Das Kerngebiet Eimsbüttels ist so dicht besiedelt wie kaum ein Stadtteil in Deutschland. Das zeugt von seiner Attraktivität, die Jugendstilviertel, die imposanten Grindelhochhäuser und die Uni machen das Kerngebiet einzigartig.

Zugleich bringt diese Enge und Nachfrage Konflikte mit sich: Zwischen Reichen und Armen, zwischen unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern und

speziell Verkehrsmitteln, zwischen Alteingesessenen und Zuziehenden, zwischen Gewerbe-, Wohnraum- und Freiflächen, zwischen Kindern und Hunden. Gerade auf diesen umkämpften Flächen sprechen wir diese Konflikte an und ergreifen Partei für die Schwächeren. Wir wollen die Fortbewegung ohne Auto stärken, vor Luxussanierungen schützen und die Versiegelung öffentlichen Raumes ebenso begrenzen

wie seine Kommerzialisierung. Sozial Schwache - auch Flüchtlinge - müssen in Eimsbüttel willkommen sein und dürfen nicht in Randgebiete verbannt werden. Dabei wissen wir, dass es Jahre dauern kann, bis unsere Impulse vom Senat aufgegriffen, von der Polizei genehmigt oder von der Eimsbütteler Verwaltung gebaut werden. Wir sehen uns daher auch als VertreterInnen der Wünsche vor Ort, wenn wir diese nicht selbst erfüllen können.

MOBILITÄT IM KERNGEBIET

In der Verkehrspolitik wollen wir den öffentlichen Nahverkehrslinien mehr Platz einräumen. Konkret können wir darauf drängen, dass Busse am Fahrbahnrand halten und nicht mit Busbuchten den Fußweg schmaler und die Weiterfahrt schwieriger machen, wie neuerdings am U-Bahnhof Osterstraße (stadtauswärts). Aber wir haben bereits erreicht, dass es in Eimsbüttel eine breite Mehrheit über Parteigrenzen hinweg für eine Stadtbahn auf der Metrobuslinie 5 gibt – wir GRÜNE wollen anschließend auch die 20 und die 4 auf Schienen legen. In der Osterstraße werden wir vormachen, wie man die ständigen Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr auflöst, indem man Radwege auf die Fahrbahn verlegt und dort auch auf die Zweiräder hinweist. Das in dieser Legislaturperiode erarbeitete Eimsbütteler Fahrradroutenprogramm sieht

Fahrbahnradwege entlang Osterstraße-Bundesstraße und beim Schlump-Hallerstraße vor. Fahrradstraßen sollen durch Rutschbahn, Goebenstraße und Unnastraße ebenso führen wie durch Weidenstieg, Tornquiststraße und Sillemstraße. Besonders wichtig im Straßenverkehr ist uns Barrierefreiheit – sie fehlt z.B. an vielen Ampeln und Fußgängerfurten noch. Dafür hat unser jahrzehntelanges Drängen in dieser Legislaturperiode endlich an mehreren U-Bahnstationen Fahrstühle bewirkt, auch wenn z.B. an der U-Hoheluftbrücke immer noch unzumutbare Barrieren bestehen. Weil damit Gesundheitsschäden durch Lärm und Unfälle drastisch reduziert werden können, werden wir weiter an Straßen wie dem Eppendorfer Weg, der Lappenbergsallee, dem Harvestehuder Weg oder dem Heußweg auf Tempo 30 drängen. Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung im Kerngebiet wollen wir Pilotprojekte z.B. für Anwohnerparken im Grindelviertel unterstützen, wo die Menschen vor Ort bereits selbst derartige Ziele formulieren.

BAUEN: SOZIAL UND NACHHALTIG

Gestaltungsmacht haben und nutzen wir vor allem auch bei der Stadt- und Bauplanung, wo wir mehr Wohnraum schaffen und dabei auf bestimmte Qualitäten achten: Wir haben in Harvestehude, im ehemaligen Kreiswehersatzamt, Platz

für Flüchtlinge gefunden. Wir wollen, dass bei Neubauten und Sanierungen auf ökologische Isolierungen und energiesparende Bauweisen, z.B. durch Passivhäuser geachtet wird und Bauten langfristig zukunftsfähig sind. Bezahlbarer Wohnraum im Kerngebiet bedeutet auch die wenigen Möglichkeiten zur Schaffung von Sozialwohnungsbau zu nutzen. Der Bezirk hat es geschafft, dass für kleinere Bauvorhaben hier die Fördermöglichkeiten flexibler gehandhabt werden können. Wir wollen durch Soziale Erhaltensverordnungen und Umwandlungsverordnungen, zuletzt für Eimsbüttel-Süd, Verdrängungseffekte und Wohnungsspekulation eindämmen. Wir werden auf die Umsetzung der auf GRÜNE Initiative von der Bezirksversammlung beschlossenen Prüfung der Sozialen Erhaltensverordnungen u.a. für Hoheluft-West und Eimsbüttel-Nord drängen.

MEHR GRÜN

Wir drängen darauf, dass Eimsbüttels Parks und Grünflächen trotz sinkender Mittel erhalten und gepflegt werden. Wo BürgerInnen selbst für kleine Grünflächen in ihren Straßen Verantwortung übernehmen, wollen wir dies unbürokratisch fördern. Die neuen Spielplätze am Langenfelder Damm, an der Stephanuskirche, bei den Grindelhochhäusern, im Lastropsweg oder an der Voigstraße,

bieten den kleinsten EimsbüttelerInnen wichtigen Freiraum. Das Alstervorland haben wir gegen erheblichen Druck von unzähligen Großveranstaltungen freigehalten, die diesen einzigartigen Naturraum beschädigen und die Nutzbarkeit für alle einschränken würden.

Weiter werden wir z.B. darauf drängen, dass die auf unsere Initiative versprochene Toilette im Unnapark endlich Wirklichkeit wird. Für die derzeitige Tankstelle am Theodor-Heuß-Platz wünschen wir uns langfristig eine sinnvollere Flächennutzung. Am Isebek-Ufer nehmen wir einen neuen Anlauf gemeinsam mit allen AkteurInnen, den Bürgerentscheid zur naturnahen Gestaltung des Parks umzusetzen und zugleich eine sichere Fortbewegung auf den Rad- und Fußwegen herzustellen.

MÜLLENTSORGUNG VERBESSERN

Enge und Verdruss bereiten in manchen Straßen des Kerngebiets auch die Rosa Müllsäcke, die auf Gehwegen herumliegen, weil Hauseigentümer sich aus der Verantwortung stehlen, auf ihrem Grundstück für Abfallbehälter zu sorgen. Müllsäcke versperren den Weg, ziehen Ungeziefer an und platzen nicht selten auf – dann liegt der private Haushaltsmüll auf der Straße. Dagegen kämpfen wir weiter an, indem wir das Problem immer wieder in Ausschüssen ansprechen, gemeinsam mit der Stadtreinigung Druck

auf die Vermieter ausüben, in Einzelfällen aber auch eine weniger raumgreifende und unappetitliche Müllentsorgung im öffentlichen Raum (z.B. unterirdisch) einfordern.

FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Wir haben intensiv gegen die Kürzungen des SPD-Senats in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gekämpft, von denen auch der Abenteuerspielplatz Eimsbüttel Nord, das Jugendberatungszentrum Apostelkirche und das Café Eins betroffen sind. Die Gelder aus dem bezirklichen Überbrückungsfond sind 2013 ausgelaufen, somit ist derzeit unklar, wie sich die Kürzungen in den kommenden Jahren auswirken werden. Wir werden uns als GRÜNE weiter für eine auskömmliche Finanzierung der offenen Kinder und Jugendarbeit einsetzen und damit für den Fortbestand dieser wichtigen Angebote und Einrichtungen kämpfen.

SPORT BRAUCHT PLÄTZE

Mit Hilfe der Sondermittel der Bezirksversammlung wurden nicht nur die Sportplätze saniert und mit einem Kunstrasen ausgestattet, auch zahlreiche Kultur- und Kinderveranstaltungen am Isebek-Kanal und im Schanzenpark konnten durch unsere finanzielle Förderung stattfinden. An der Alster wollen wir einige der weniger exklusiven Sportvereine fördern. Für die Sicherheit der SportlerInnen auf dem

Wasser fordern wir die Einrichtung einer DLRG-Station.

UNIVERSITÄT IN DEN STADTTEIL ÖFFNEN

Für die bauliche Entwicklung der Universität wurde auf Initiative der GRÜNEN mit dem Uniausschuss ein eigener bezirklicher Ausschuss gebildet, der auch BürgerInnen regelmäßig Gelegenheit zum Austausch über geplante und durchgeführte Maßnahmen mit Politik und Verwaltung ermöglicht. An der Planung der neuen Gebäude rund um das Geomatikum haben wir mitgewirkt und Kompromisse mit AnwohnerInnen gesucht. Die Umsetzungsphase werden wir genauso engagiert begleiten.

Mittelfristig müssen wir uns dem Uni-Standort Von-Melle-Park zuwenden und hier neuen Raum schaffen, wobei wir das ehemalige Postamt weiterhin als ideales und identifikationsstiftendes Gebäude für eine universitäre Nutzung sehen. Darüber hinaus haben wir auch ein Verkehrskonzept eingefordert und erhalten, das die Uni-Standorte besser miteinander verbindet, egal ob zu Fuß, mit dem Rad oder per Bus. Von nun an geht es daran, zum Beispiel in der Rutschbahn oder der Heinrich-Barth-Straße durch neu geordnete KFZ-Stellplätze Raum für RadfahrerInnen und FußgängerInnen zu schaffen. Mit unseren Sondermitteln haben wir der Fahrradstation auf dem

Uni-Campus vorerst das Überleben gesichert, nun werden wir die Uni drängen, ihrerseits eine tragfähige Lösung nicht länger zu blockieren.

WOCHENMÄRKTE STÄRKEN

Als GRÜNE wollen wir bezirkliche Zentren und Wochenmärkte stärken. Nach langem Ringen konnten wir eine Verlegung der Marktzeiten in die Nachmittagsstunden am Markt Grundstraße erreichen, so dass nun mehr EimsbüttelerInnen hier zu anderen Zeiten einkaufen können. Damit reagierten wir auf geänderte Lebensgewohnheiten.

OSTERSTRASSE BETEILIGUNGSORIENTIERT UMGESTALTEN

Die Umgestaltung der Osterstraße ist ein zentrales Vorhaben der nächsten Jahre. Wir sehen das nun beginnende Beteiligungsverfahren als wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Umgestaltung, die von den Osterstraßen-Anliegern unterstützt werden.

6.2. URBAN UND NACHHALTIG DENKEN – AUCH AM STADTRAND. EIDELSTEDT UND STELLINGEN MITTENDRIN

Auf Eidelstedt und Stellingen kommen große Veränderungen zu. Durch das Wohnungsbauprogramm entsteht neuer Wohnraum - auch öffentlich geförderter Wohnungsbau. Viele Menschen werden

nach Stellingen und Eidelstedt zuziehen. Am Sportplatzring entsteht ein ganz neues Viertel, am Informatikum ein neues Sport- und Gewerbegebiet. Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass Eidelstedt und Stellingen dabei ihre soziale Vielfalt erhalten und allen Bevölkerungsgruppen offen stehen. Auch bei weiterer baulicher Verdichtung müssen die Stadtteile durch naturräumliche Elemente, höheren Baumbestand und eine entsprechende Entsiegelung beispielweise von Verkehrsflächen attraktive Wohnorte bleiben. Wir setzen uns für eine Verbindung zwischen Wohnen und (umfeldverträglichem) Gewerbe ein. Wir wollen lebendige Stadtteilzentren und öffentliche Räume in Eidelstedt und Stellingen schaffen, in denen die verschiedenen sozialen Gruppen zusammentreffen. Und wir wollen die gute Anbindung der Stadtteile sichern und ausbauen, ohne dass Eidelstedt und Stellingen von Verkehrsflächen zerschnitten und die AnwohnerInnen mit Lärm und Emissionen belastet werden. Beim Deckelbau wollen wir die Belastung für die AnwohnerInnen während der Bauphase so gering wie möglich halten, bei der Begrünung wollen wir Konzepte entwickeln, die den Bedürfnissen im Stadtteil entsprechen.

URBANE STADTTEILENTWICKLUNG

Die BürgerInnen aus Eidelstedt und Stellingen wollen ihre Stadtteile mitgestalten. Die große Resonanz bei den bereits

laufenden Bürgerbeteiligungsprozessen zeigt dies. Die Zustimmung zum Bürgerbegehren für den Erhalt der Bäume am Eidelstedter Platz ist bisher beispiellos.

Der Bürgerbeteiligungsprozess für das Eidelstedter Zentrum wird richtungsweisend für die Zentrumsentwicklung sein. Wir unterstützen die Entwicklung einer starken Eidelstedter Mitte mit Bürgerhaus, Wochenmarkt und einem Einkaufszentrum. Dabei ist für uns der Erhalt des Baumbestands nicht zuletzt aufgrund des Bürgerentscheids bindende Grundlage. Darüber hinaus möchten wir die Lohkampstraße als Einkaufsstraße und in ihrer Aufenthaltsqualität weiterentwickeln. Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im Zentrum wollen wir im Rahmen der Bürgerbeteiligung ein Verkehrskonzept entwickeln und dabei neue Ideen zur Verkehrsberuhigung bedenken.

Das Eidelstedter Bürgerhaus hält seine Toiletten seit Jahren geöffnet für die Besucher des Zentrums und ermöglicht daher eine öffentliche Toilette am Eidelstedter Platz. Wir wollen, dass dies finanziell unterstützt wird. Wir unterstützen daher das Projekt ‚Nette Toilette‘.

Die Zukunft der sogenannten „Glaskästen“ an der Ecke Kieler Straße/Volksparkstraße ist offen. Da die Gebäude im Besitz der Sprinkenhof AG sind, besteht

aus unserer Sicht hier die Möglichkeit – zumindestens teilweise – öffentliche Nutzungen für Kunst, Jugendliche u.a. anzustreben. Vielleicht können diese Gebäude, die vom Architekten Werner Kallmorgen geschaffen wurden, hierdurch eine Zukunft erhalten.

Der Sportverein TSV Stellingen hat sich im letzten Jahr aktiv in die Sportplatzring-Bebauung eingebracht. Wir unterstützen das Ziel des Sportvereins, im Rahmen der Überplanung der Sportplätze durch Grundstückstausch eine neue Örtlichkeit mit Sporthalle für den Verein errichten zu können. Darüber hinaus sehen wir den Bedarf im neuen Gemeinschaftshaus im Quartier einen Multifunktionsraum zu integrieren, der auch für sportliche Zwecke nutzbar sein sollte. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass das Haus der Jugend weiterhin eigenständige Angebote und für Jugendliche eigene Räumlichkeiten anbieten kann und damit auch weiter wachsen kann.

Bei der Gewerbebebauung auf der Informatikum-Fläche wollen wir die Ideen der BürgerInnen berücksichtigen. Wir schließen dort eine großflächige Gewerbebebauung (im Sinne von großen Gebäuden) aus. Wir setzen uns für Handwerksbetriebe und Co-Working-Spaces ein, auch ein Existenzgründerbereich wäre für uns denkbar. Es soll ähnlich wie bei ei-

nem Technologiepark eine Struktur entstehen, in der sich Menschen begegnen können, und einige Bereiche, wie zum Beispiel eine Kantine, gemeinsam – auch mit den BürgerInnen – genutzt werden. Es ist der Wunsch der BürgerInnen, dass keine anonymen Firmenansiedlungen erfolgen. Wir wollen, dass dieses Gewerbegebiet einen Bezug zum Stadtteil hat. „Made in Stellingen“ wollen wir hier wörtlich nehmen.

Wir wollen Gewerbe und Wohnen nicht grundsätzlich trennen. Deshalb wollen wir in Stellingen und Eidelstedt kleine Gewerbeflächen erhalten. Kleinstgewerbe wie Handwerksbetriebe macht Stadtteile lebendig.

NACHHALTIGE STADTTEILENTWICKLUNG

Bäume im städtischen Raum vermitteln Geborgenheit, spenden Schatten und sind gut für das städtische Ökosystem. Wir wollen mehr Bäume in Stellingen und Eidelstedt. Nachpflanzungen sollen zukünftig auf der Kieler Straße als Begleitgrün stattfinden. Über die Jahre könnte hier eine Allee entstehen.

Wir sind gegen eine Bebauung der Eidelstedter Feldmark – selbst Wohnungsbau steht für uns nicht zur Disposition. Die Flächen, die die Stadt derzeit als Ausgleichsflächen für den Deckelbau vorsieht, waren jahrzeh-

telang Ackerbauflächen. Hier wurden unter anderem Rüben angebaut, die den Tieren bei Hagenbeck als Futter dienen. Diese lokale Produktion wollen wir ausdrücklich erhalten und wir fordern die Stadt auf, entsprechende Möglichkeiten weiter vorzusehen. Die kurzen Wege zum Abnehmer der Rüben und der rückwertig ausgebrachte Mist der Tiere sind ein Beispiel gebender ökologischer Effekt im urbanen Raum.

Das 2012 angestoßene ‚Leihgärten‘-Projekt unterstützen wir.

Darüber hinaus wollen wir Flächen für weitere urbane Gartenprojekte identifizieren und Initiativen stärken, die dieses Vorhaben vorantreiben.

Bei der Bewirtschaftung des Deckels wollen wir Flächen für Gartenprojekte zur Verfügung stellen. Dabei wollen wir auch den tatsächlichen Bedarf von verlagerten Kleingärten prüfen und ggf. Kleingartenflächen teilweise in kommunale Gärten oder Bürgergärten umwandeln.

Bei der Gestaltung des Deckels wollen wir die BürgerInnen umfangreich beteiligen. Dabei ist eine Kinder- und Jungendbeteiligung für uns selbstverständlich. Wir wollen den Deckel als Park des 21. Jahrhunderts entwickeln. Wir wollen ein offenes Ohr für die Ideen der Naturschutzverbände haben und sie in die Planungen einbeziehen.

Eidelstedt ist der Stadtteil – so das Wohnungsbauprogramm wie geplant umgesetzt wird – mit den größten Zuwächsen im Wohnungsmarkt im Bezirk Eimsbüttel. Wir wollen, dass auch ökologische Bauweisen berücksichtigt werden. Zum Erhalt des Stadtklimas brauchen wir begrünte Häuserfassaden und Dachbegrünung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass beim Bau von Wohneinheiten mit mehr als 20 Wohnungen ein Architekturwettbewerb stattfindet, in der solche Modelle berücksichtigt werden.

GRÜNE VERKEHRSKONZEPTE FÜR EIDELSTEDT UND STELLINGEN

Der Busbahnhof und die AKN-Haltestelle in Eidelstedt liegen zwar räumlich nah beieinander, im alltäglichen Erleben aber weit voneinander entfernt. Wir wollen diesen Bereich planerisch überdenken. Dabei soll auch eine Switchh-Station entstehen und die Fahrradabstellmöglichkeiten verbessert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass die AKN-Strecke zur S-Bahn wird, um Eidelstedt besser anzubinden. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Anbindung der Station Elbgaustraße gehen. Auch das Umfeld an dieser Station wollen wir GRÜNE komfortabler und sicherer gestalten. Der Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln und die Querung der Elbgaustraße sollte verbessert werden: Durch einen Umbau der Bushaltestellen. Außerdem setzen wir

uns für eine Aufstockung und Aufrüstung der Fahrradabstellmöglichkeiten ein.

Wir werden uns auch weiterhin für die Stadtbahn einsetzen und sehen darin eines der wesentlichen Verkehrsmittel der Zukunft. Wir wollen dann, dass Eidelstedt mit dem Verlauf über die Kieler Straße z.B. bis zur Max-Brauer-Allee oder zum Schlump realisiert angebunden wird. Auch eine Anbindung an die Arenen soll gewährleistet werden.

Bisher sind in Eidelstedt und Stellingen keine Stadtrastationen zu finden. Ein Beschluss des Regionalausschusses forderte bereits Stadtrastationen an den S-Bahn-Haltestellen Langenfelde, Stellingen und Elbgaustraße sowie im Bereich des Eidelstedter Zentrums und beim Informatikum. Auf dessen Umsetzung werden wir beim Senat weiter drängen. Darüber hinaus sollen auch am AKN-Bahnhof Eidelstedt-Zentrum, an einem Zugang zur Feldmark, am Sportplatzring bzw. am Stellingener Rathaus Stadtrastationen entstehen.

Zur besseren Verbindung der Stadtteile wollen wir die im Fahrradforum geplanten Eimsbüttler Fahrradrouten für Stellingen und Eidelstedt realisieren, aber auch andere Fahrradstrecken verbessern. An Knotenpunkten wollen wir Fahrradstellplätze ausbauen. Eidelstedt und Stellingen sollen Vorreiter

für eine urbane Verkehrsentwicklung werden. Wir werden Gespräche mit den regionalen Carsharing-Anbietern führen, damit sie ihr Netz hier ausbauen. Dazu wollen wir auch planrechtliche Grundlagen schaffen. Wir wollen, dass deutlich mehr Parkplätze im Regionalbereich für Carsharing ausgewiesen werden.

Wir wollen den LKW-Verkehr aus unseren Stadtteilen fernhalten. Wir halten daher auch in Zukunft an unserer Forderung nach einer „Ortsumgehung Stellingen“ fest. Dabei soll der Fernverkehr ab Eimsbütteler Markt zur A7 Anschluss-Stelle Volkspark umgeleitet werden.

In der Randstraße soll nach über 15 Jahren alten Plänen ein Durchbruch entstehen. Diese Idee halten wir für veraltet, denn in den vergangenen Jahren hat sich das Gebiet rund um die Randstraße vom Industriegebiet zum Wohnviertel entwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sagen wir ganz klar: Die Randstraße soll unverändert bleiben. Ein Durchbruch brächte zusätzlichen Verkehr und noch mehr LKW ins Viertel. Damit die AnwohnerInnen keinen Durchbruch befürchten müssen, wollen wir den Bebauungsplan ändern.

Wir stehen nach wie vor hinter dem Bau des Deckels über die A7 in Stellingen.

Wir drängen bei Bund und Senat darauf, die Baumaßnahmen für die Anwohner erträglich zu gestalten und auf

ein Konzept für den Verkehrsfluss während der Bauphase, das den Schleich- und Bauverkehr aus den Wohnstraßen heraus hält und den öffentlichen Nahverkehr nicht behindert. Das Umfeld von Schulen und Kitas sollte für den Schwerlast- und Bauverkehr tabu sein. Eine Sperrung des Wördemanns Wegs wollen wir nach Möglichkeit vermeiden.

Für die BewohnerInnen, die durch den A7-Ausbau stark belastet sind, zum Beispiel im Imbekstieg, setzen wir uns besonders ein und wollen an die Bürgerschaft appellieren, für die BewohnerInnen akzeptable Lösungen zu finden.

STÄRKUNG DER STADTTEILKULTUR

Wir setzen uns für eine Erhöhung des Etats des Eidelstedter Bürgerhauses in den Rahmenezuweisungen im Kulturhaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg ein.

Außerdem wollen wir die begonnenen Kooperationen mit Kultureinrichtungen der Hochkultur (Dr. Sound vom Kinderprogramm der Elbphilharmonie in Stellingen) fortsetzen und weiterentwickeln.

Das Heimatmuseum ist eine Institution in Eidelstedt und einmalig im Bezirk, was seine Sammlung angeht. Wir wollen, dass das Museum erhalten bleibt und eine solide, dauerhafte Finanzierung erhält. Bücherhallen sind wichtige Kultur- und Bildungshotspots. Die Bücherhalle in Eidelstedt darf nicht geschlossen werden.

BÜRGERBETEILIGUNG FORTSETZEN

Wir unterstützen die angelaufenen Prozesse zur BürgerInnenbeteiligung. Bei neuen Bauvorhaben wollen wir diesen Weg fortsetzen. Wir wollen die BürgerInnen intensiver in unsere Ausschussarbeit einbinden. Der Regionalausschuss soll ein lebendiger Ort des Austausches werden.

Die Position des Regionalbeauftragten soll aufgewertet werden. Bei der Auswahl des neuen Regionalbeauftragten soll der Regionalausschuss eingebunden werden. Wir fordern von der Verwaltung mehr Präsenz, z.B. von MitarbeiterInnen aus dem Management des Öffentlichen Raums bzw. DezernentInnen im Ausschuss.

Wir wollen überprüfen, inwieweit der Bauausschuss öffentlich tagen kann bzw. wenn dies in einzelnen Punkten nicht möglich ist, auf welchem Weg Themen aus dem Ausschuss öffentlich kommuniziert werden können.

Wir wollen Sondermittel für BürgerInnenbeteiligung bereitstellen. In Planungsphasen wollen wir Schaukästen installieren und langfristig ein Quartiersbüro etablieren.

6.3 GRÜNE POLITIK FÜR LOKSTEDT, NIENDORF UND SCHNELSEN

NATURSCHUTZ UND BEZAHLBARER WOHNRAUM

Lokstedt, Niendorf und Schnelsen sind beliebte, citynahe Stadtteile mit hoher

Lebensqualität. Zahlreiche Grünflächen bieten Freizeitgestaltung und Erholung, und dank der ÖPNV-Anbindung ist die Innenstadt gut erreichbar.

Den Charakter von Lokstedt, Niendorf und Schnelsen als grüne Stadtteile wollen wir erhalten und stärken. Hierzu gehören für uns zusammenhängende Freiflächenkonzepte, Erhalt der Feldmarken, Schutz einheimischer Pflanzen- und Tierarten und das Niendorfer Gehege in seinem Waldcharakter zu erhalten.

Unser gleichrangiges Ziel ist es, für die Menschen in den Stadtteilen bezahlbaren und familiengerechten Wohnraum zu schaffen.

Das bedeutet, dass vorrangig bereits versiegelte Flächen bebaut werden und über die Aufstockung von Gebäuden Wohnraum geschaffen wird. Öffentlich geförderter Wohnungsbau ist nur möglich, wenn der Grundstückspreis bestimmte Preisgrenzen nicht überschreitet. Dies hat zur Folge, dass auch in Niendorf, Schnelsen und Lokstedt öffentlich geförderter Wohnungsbau nicht mehr überall möglich sein wird. Wir müssen für öffentlich geförderten Wohnungsbau städtische Liegenschaftsflächen stärker nutzen, wie etwa an der Julius-Vosseler-Straße, aber auch auf eine Änderung der Fördergrenzen einwirken.

Die regen Aktivitäten im Wohnungsbau tragen zur Entspannung des

Wohnungsmarktes bei, verringern aber zugleich den Bestand an Freiflächen. Im strittigen Bebauungsplanvorhaben Schnelsen 79 plant der Senat eine Wohnbebauung in den grünen Randbereich. Die Bebauung des Willinks Park in Lokstedt konnten wir stoppen. Inzwischen konnten Ausgleichsmaßnahmen auch wieder standortnah erfolgen, wie zum Beispiel die Renaturierung des Betriebshofes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald im Niendorfer Gehege im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Niendorf 90.

Ziel GRÜNER Politik in den Stadtteilen Niendorf, Schnelsen und Lokstedt ist die Vereinbarung von Klimaschutz und Wohnungsbau. Wir wollen starke, lebendige Stadtteilzentren und eine offene Bürgerbeteiligung bei großen Planungsvorhaben. Lebensqualität und soziale Teilhabe sind unser Anliegen, das wir konkret in der Stadtplanung und Gestaltung der Umwelt umsetzen.

Autoverkehr, die „Ertüchtigung“ der Güterumgebungsbahn und der steigende Flugverkehr belasten die Stadtteile jedoch zunehmend. Der Deckelbau über die A7 wird in den kommenden Jahren erhebliche Belastungen durch steigenden Verkehr für die Stadtteile bringen. Hier ist der Senat gefordert, mit großräumigen Verkehrskonzepten den

Pendlerverkehr auf die AKN und Busse und Bahnen umzuleiten.

STADTPLANUNG, UMWELTSCHUTZ UND VERKEHRSKONZEPTE – GRÜNE POLITIK FÜR DIE STADTEILE

› Schnelsen

Die Verkehrssituation in der Frohmestraße ist weiterhin unbefriedigend. Im Rahmen der Baumaßnahmen des Deckelausbaus wird sich die Situation kaum verbessern. Hier gilt es die Belastungen zu verringern und pragmatische Lösungen zu finden, die auch die Interessen der Gewerbetreibenden berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit der folgenden Ausgestaltung der Überdeckung der A7 sehen wir die Chance, mit diesen neu gewonnenen Flächen zu einer Entlastung und Steigerung der Aufenthaltsqualität des Schnelsener Zentrums beizutragen. Der Erhalt und die Attraktivitätssteigerung für die Frohmestraße als Schnelsener Zentrum ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe der kommenden Jahre. Die Veränderungen können aber nur gelingen, wenn wir einen breiten Beteiligungsprozess beginnen und auch die GrundstückseigentümerInnen einbeziehen.

Wir wollen, dass die AKN zur S-Bahn ausgebaut wird. Hierdurch werden größere Teile von Schnelsen schneller und besser angebunden werden und ein Anreiz sein,



Ergebnisse des „Runden Tisches“ zur Attraktivitätssteigerung des Roman-Zeller-Platzes weiterverfolgen.

Schnelsen steht im Mittelpunkt der Wohnungsbauaktivitäten im Bezirk. Am Riekbornweg entsteht öffentlich geförderter Wohnungsbau, auch im Bebauungsplanvorhaben Schnelsen 92 (Kettelerweg) soll zum Teil öffentlich geförderter Wohnungsbau entstehen. Als sogenannte „Deckelausgleichsflächen“ zur Finanzierung der Deckelbauten in Schnelsen und Stellingen werden Bebauungsplanverfahren für den Bereich Peter-Timm-Straße und Hogenfelder Kamp durchgeführt. Beim Bebauungsplanverfahren Peter-Timm-Straße, welches nicht durch den Bezirk, sondern durch den Senat durchgeführt wird, fordern wir einen ortsnahen Ausgleich der Eingriffe in den Baumbestand. Das durch den Senat durchgeführte Bebauungsplanverfahren Schnelsen 79 sehen wir weiterhin sehr kritisch. Die Nachverdichtung des Märchenviertels ist entsprechend der Zusagen an die BürgerInnen nicht im Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm enthalten.

> Niendorf

Das Niendorfer Gehege wollen wir als Wald und damit als Erholungsfläche erhalten und naturnah weiterentwickeln. Waldfremde Nutzungen wollen wir so weit wie möglich zurückführen

Eine naturverträgliche Nutzung und den denkmalschutzgerechten Erhalt der Mutzenbecher-Villa im Gehege unterstützen wir. Wir fordern, dass von Seiten des Senats eine entsprechende, wohlwollende Begleitung der Aktivitäten erfolgt. In Kooperation mit dem bezirklichen Förster sollen auf dem Betriebshof der Försterei alle Aktiven im Niendorfer Gehege Raum für ihre am Naturschutz ausgerichteten Initiativen und Kooperationen finden. Eine Kommerzialisierung des Niendorfer Geheges lehnen wir ab. Zur Umsetzung des erfolgreichen Bürgerbegehrens „Hände weg vom Niendorfer Gehege“ bekennen wir uns ausdrücklich.

Das Schulgebäude der berufsbildenden Schulen am Tibarg wird bald nicht mehr schulisch genutzt. Die Bezirksversammlung hat für die weitere Nutzung einen Beteiligungsprozess mit allen Akteuren beschlossen. Auf GRÜNE Initiative hin wurden Möglichkeiten von nicht-kommerzieller Nutzung und die Einbindung von Verbänden und Vereinen in den Beschluss aufgenommen. Wir wollen in diesem Beteiligungsprozess auch die Möglichkeiten zur Schaffung einer Räumlichkeit für die örtlichen Vereine und Verbände prüfen.

Wir wollen, dass die Radwegeverbindungen in und durch Niendorf verbessert werden und Niendorf an das Stadtrad-Netz angeschlossen wird.

In Niendorf-Nord haben die Woh-

nungsbaugenossenschaften unter Beteiligung von StadtplanerInnen, bezirklichen Gremien und AkteurInnen vor Ort Ideen entwickelt, um das Wohnumfeld zu verbessern und den Wohnungsbestand zu verändern. Gefördert werden soll das Zusammenleben von Jung und Alt. Wir wollen deshalb entsprechende Infrastruktur für ältere BewohnerInnen anbieten und dafür sorgen, dass Freiflächen so gestaltet werden, dass auch SeniorInnen sie nutzen können. Diese Maßnahmen wollen wir fortsetzen.

Im Bereich der Kollau und ihrer Zuflüsse werden wir weiterhin die Belange des Hochwasserschutzes berücksichtigen. Die bisher vorliegenden Ergebnisse des so genannten Niederschlagsabflussmodells sowie die Kartierungen zu hochwassergefährdeten Gebieten, die im Rahmen einer EU-Richtlinie erstellt werden, wollen wir systematisch auswerten und gegebenenfalls neue Schutzmaßnahmen treffen. Aktuell geschieht dies bereits durch den Ausbau bestehender Rückhaltebecken. Auch die Schaffung von weiteren Retentionsflächen sowie Renaturierungen wollen wir anstoßen. Hierzu gehört für uns auch die Fläche an der Niendorfer Straße.

> Lokstedt

Mit der Umsetzung des Bürgerbegehrens zum Erhalt der Bäume in der Emil-Andersen-Straße ist es gelungen, im Rahmen der

dringend notwendigen Renovierung der Fahrbahn gleichzeitig die Linienführung der Buslinie 181 zu erhalten und den Verbleib eines alten Baumbestandes zu erreichen. Die mittlerweile enge Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, allen betroffenen VertreterInnen öffentlicher Belange sowie den VertreterInnen der politischen Parteien ist ein gelungenes Beispiel für BürgerInnenbeteiligung. Das Gegenteil von gelungener BürgerInnenbeteiligung war die Umgestaltung des Siemersplatzes durch die Senatsbehörden. Hier hat eine autozentrierte Planung insbesondere die Situation für die FußgängerInnen verschlechtert und den Charakter des Siemersplatzes als reine Verkehrsfläche verstärkt.

Durch einen Beschluss der Bezirksversammlung werden zentrale Themen für die weitere Entwicklung in Lokstedt im Regionalausschuss dargestellt. Auf GRÜNE Initiative wurde das Bezirksamt hier mit einer umfassenderen Bürgerbeteiligung beauftragt. Wir wollen sicherstellen, dass die zentralen Entscheidungen im Dialog mit den BürgerInnen getroffen werden.

Lokstedt hat sich in den vergangenen Jahren durch die Erschließung neuer Wohnbaugebiete stark verändert. Bei weiteren Planverfahren werden wir deshalb darauf drängen, dass die Auswirkungen auf Wohnqualität und Freiflächen untersucht werden. Das

Bebauungsplanverfahren Lokstedt 55 (Feldhoopstücken) mit der Bebauung der Freifläche an der Schillingsbek bei weiterhin ungeklärter Verkehrssituation (Forderung des Bezirkes nach Öffnung der Straße Feldhoopstücken zur Kollaustraße) sehen wir weiterhin sehr kritisch. Bei der Bebauung in der Süderfeldstraße ist die Altlastenproblematik genau zu beobachten und transparent darzustellen. Lokstedt braucht ein stärkeres Stadtteilzentrum. Die bisherige Entwicklung bereitet uns Sorge. Das Stadtplanungsamt sieht zwar im Hamburger Zentrenkonzept eine Aufwertung des Stadtteilzentrums als sogenanntes C-Zentrum vor. Als Stadtteilzentrum wird der Bereich Grelckstraße/Behrmannplatz stärker in den Mittelpunkt rücken, wobei der Anschluss des Siemersplatzes als gemeinsames Stadtteilzentrum nicht aus dem Auge verloren werden darf. Neben der Diskussion um mögliche Neubauten mit attraktiven und den alltäglichen Bedarf deckenden gewerblichen Nutzungen im Bereich Behrmannplatz ist aus unserer Sicht dringend eine beteiligungsorientierte Diskussion um die Steigerung der Aufenthaltsqualität im Bereich der Grelckstraße notwendig. Ein Stadtteilzentrum in Lokstedt braucht eine attraktive Fläche mit Möglichkeiten von Außengastronomie – anstelle von Platz für Durchgangsverkehr. Die Streseman-

nallee bedarf stadteinwärts dringend eines Radfahr- oder Schutzstreifens.

Lokstedt ist immer stärker vom Durchgangsverkehr belastet, auch die Wohnstraßen werden davon nicht verschont. Einzelmaßnahmen mögen punktuelle Entlastungen bringen. Aus unserer Sicht ist es aber dringend notwendig, dass für Lokstedt ein Verkehrskonzept erstellt wird. Durchgangsverkehr sollte aus den Wohnstraßen herausgehalten, Schulwege sicherer, die Verbindungen für den Radverkehr verbessert und der Umstieg auf den ÖPNV erleichtert werden. Und selbstverständlich wollen wir die Situation der FußgängerInnen verbessern. Um dies zu erreichen, müssen aus unserer Sicht Verkehrsführungen entsprechend verändert, zum Beispiel Einbahnstraßen umgekehrt,

und der Durchgangsverkehr gestoppt werden. Eine wesentliche Verbesserung des ÖPNV würde eine Stadtbahn auf der bisherigen Buslinie 5 darstellen.

Die gemeinsamen Bemühungen aller öffentlichen Einrichtungen und engagierter Bürgerinnen und Bürgern in der Lenzsiedlung werden wir weiterhin tatkräftig unterstützen. Hier gilt es die Erfolge einer Arbeit der sozialen Stadtentwicklung dauerhaft zu sichern. Die Kürzungen des Senats in der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben in Lokstedt insbesondere die Plakatwerkstatt getroffen. Wir wollen die Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei der nächsten Bürgerschaftswahl rückgängig machen und diese Angebote erhalten.



GLOSSAR

Absorptions- und Speicherfähigkeit | Absorption ist das lateinische Wort für Aufnehmen oder Aufsaugen einer Flüssigkeit.

Audiodeskription | auch als akustische Bildbeschreibung bezeichnet, ist ein Verfahren, das blinden und sehbehinderten Menschen ermöglichen soll, visuelle Vorgänge besser wahrnehmen zu können. Dabei wird die Handlung mit einem akustischen Kommentar versehen, um sie für das Publikum erfassbar zu machen.

Bebauungsplan | Ein Bebauungsplan regelt die Art und Weise der möglichen Bebauung von Grundstücken und die Nutzung der in diesem Zusammenhang stehenden von einer Bebauung frei zu haltenden Flächen.

BID Business Improvement District | Zusammenschluss von Grundeigentümern zur Finanzierung und Gestaltung der Aufwertung ihrer Geschäftsumfelder. In Hamburg gesetzlich geregelt, dass das BID eingerichtet werden kann, wenn weniger als 1/3 der Grundeigentümer der Einrichtung des BID widersprechen.

Burn-Out | bzw. Ausgebranntsein ist ein Zustand ausgesprochener emotionaler Erschöpfung mit reduzierter Leistungsfähigkeit. Es handelt sich um eine körperliche, emotionale und geistige Erschöpfung aufgrund beruflicher oder anderweitiger Überlastung bei der Lebensbewältigung. Diese wird meist durch Stress ausgelöst, der wegen der verminderten Belastbarkeit nicht bewältigt werden kann.

Busbeschleunigungsprogramm | Etikettenschwindel des Hamburger Senats. Kostet 260 Millionen, erhöht vorrangig den Verkehrsfluss des Autoverkehrs

Carsharing | ist die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Automobile. Carsharing erlaubt anders als konventionelle Autovermietungen ein kurzzeitiges, minutenweises Anmieten von Fahrzeugen, auch außerhalb üblicher Geschäftszeiten.

Coming Out | Englisches Wort: „Hervortreten“. So nennt man die Entscheidung eines Menschen, sich öffentlich zu seiner Homosexualität zu bekennen.

Co-Working-Spaces | ist ein sich seit einigen Jahren abzeichnender Trend im Bereich Neue Arbeitsformen. Freiberufler, Kreative, kleinere Existenzgründer, die unabhängig voneinander arbeiten oder in unterschiedlichen Firmen und Projekten aktiv sind, arbeiten in meist größeren Räumen zusammen und können gemeinsam die Büroausstattung (Netzwerk, Drucker, Scanner, Fax, Telefon, Beamer, Besprechungsräume) auf Tages-, Wochen- oder Monatsbasis nutzen.

C-Zentrum | In der Stadtplanung werden Stadtteilzentren als C-Zentren markiert, die kleineren Nahversorgungszentren als D-Zentren.

Demographischer Wandel | Menschen werden immer älter. Es wird zukünftig deutlich mehr alte Menschen geben. „Demographie“ bedeutet Bevölkerungswissenschaft. Mit dem „demographischen Wandel“ bezeichnet man die bevorstehende gesellschaftliche Veränderung.

Dezernenten | Auf kommunaler Ebene erfüllt der Dezernent ähnliche Aufgaben wie ein Bundesminister auf Bundesebene oder ein Landesminister auf Landesebene

Einwendungen | Dies bezeichnet eine Möglichkeit, die das Gesetz einem verschuldeten Menschen einräumt. Einwendungen können helfen, die finanzielle Situation wieder zu ordnen.

emissionsarm | Emission ist das lateinische Wort für Ausstoß in die Umwelt, beispielsweise Abgase oder Lärm. Emissionsarm bezeichnet eine Technik, die wenig Ausstöße mit sich bringt.

Essenziell | wesentlich

Exklusion | Lateinisches Wort für Ausschluss. Man bezeichnet in der Politik damit die Ausgrenzung von benachteiligten Personen oder Gruppen.

exponentiell | Explosionsartig wachsend

FHH | Freie und Hansestadt Hamburg

Frühe Hilfen | Unterstützungs- und Hilfsangebote für soziale schwache oder gefährdete Menschen. Beratung und Hilfe also, die einsetzt, bevor etwas Schlimmes passiert.

Genehmigungsvorbehalt | Unter einem Genehmigungsvorbehalt versteht man im Recht die Forderung, für ein bestimmtes Handeln eine behördliche Genehmigung einzuholen.

Hochkultur | soziologischer Begriff, umfasst die von meinungsbestimmenden Eliten genutzten als besonders wertvoll akzeptierten Kulturleistungen

Inklusion | Lateinisches Wort für Einschluss. In der Politik verwendet für den Ansatz, benachteiligte Menschen oder Gruppen einzubinden und ihnen zu ihrem Recht auf Gleichberechtigung zu verhelfen.

Kartierungen | raumbezogene Erfassung von geologischen, bodenkundlichen, ingenieurgeologischen oder anderer geowissenschaftlicher Daten im Gelände.

KFZ | Kraftfahrzeug

Kultur- und Bildungshotspots | Umgangssprachlicher Ausdruck für interessante und lebendige Orte, wo Menschen sich fortbilden, wo gemeinsame kulturelle Unternehmungen stattfinden.

Nationalsozialismus | Bezeichnet 1. die rassistische Weltanschauung Adolf Hitlers und seiner Partei, der NSDAP und 2. die Zeit der Diktatur zwischen 1933 und 1945 in Deutschland

Öffentliche Auslegung | Die Unterlagen sind im Bezirksamt oder der Fachbehörde einsehbar. In der Zeit der öffentlichen Auslegung können Betroffene Einwendungen einreichen, in besonderen Planungsfällen auch nicht direkt Betroffene

ÖPNV | Als öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) wird in Deutschland der Personenverkehr als Teil des öffentlichen Verkehrs (ÖV) im Rahmen der Grundversorgung auf Straße, Schiene und Wasser im Nahbereich bezeichnet.

Oral History | Engl.: „Gesprochene Geschichte“. Ein Ansatz in der Geschichtswissenschaft, der sich den Zeitzeugen zuwendet und deren Erzählungen und Berichte dokumentiert.

Park and Ride | zu Deutsch: Parken und Reisen oder kurz: P + R, P & R, P+R oder P&R, bezeichnet ein Prinzip der Verkehrsplanung, in dem in der Nähe von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) Abstellmöglichkeiten für Pkw, teilweise auch Motorräder und Busse zur Verfügung gestellt werden.

Piktogramme | Symbol, das eine Information durch vereinfachte grafische Darstellung vermittelt.

Prävention | bezeichnet man vorbeugende Maßnahmen, Programme und Projekte, um ein unerwünschtes Ereignis oder eine unerwünschte Entwicklung zu vermeiden.

Qualitätscontrolling | Sammelbegriff für unterschiedliche Ansätze und Maßnahmen zur Sicherstellung festgelegter Qualitätsanforderungen

Quartier | Stadtviertel

Rahmenzuweisung | Rahmenzuweisungen sind Haushaltsmittel, die die den Bezirksamtern vom Senat für übertragene Aufgaben zugewiesen werden, für die nach Entscheidung des Senats ein Gestaltungsspielraum besteht. Dies sind Aufgaben, bei denen die Bezirksamter den Mitteleinsatz überwiegend selbst bestimmen können.

referieren | erklären

Renaturierung | Unter Renaturierung versteht man die Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen aus z. B. landwirtschaftlichen Bodenflächen, aufgelassenen Eisenbahnstrecken, geschlossenen Flugplätzen oder begrädigten Flüssen.

Resilienz | ist die Fähigkeit, Krisen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklungen zu nutzen.

Ressourcen | Mittel, um eine Handlung zu tätigen oder einen Vorgang ablaufen zu lassen.

Retentionsflächen | bezeichnet eine neben einem Fließgewässer zumeist tiefer liegende Fläche, die im Falle eines Hochwasserabflusses als Überflutungsfäche genutzt werden kann.

RISE | Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) hat der Senat die Stadterneuerung und Stadtteilentwicklung fortgesetzt und Grundlagen für die Stabilisierung in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf verbessert

Sabbaticals | Das Sabbatical oder das Sabbatjahr ist ein Arbeitszeitmodell für einen längeren Sonderurlaub.

Soziale Erhaltungsverordnung | Die Soziale Erhaltungsverordnung in Kombination mit der Umwandlungsverordnung ist die einzige vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit, aufwendige Modernisierungen zu begrenzen und vor allem spekulative Umwandlungs- und Verkaufstätigkeiten einzuschränken. Was bewirkt eine soziale Erhaltungsverordnung? Eigentümer, deren Gebäude in Sozialen Erhaltungsgebieten liegen, müssen die folgenden Vorhaben beantragen:

- den Abriss von Gebäuden oder Gebäudeteilen,
- Bau- bzw. Modernisierungsmaßnahmen, d. h. Umbauten, Ausbauten und Erweiterungen, die den Wohnwert steigern und Mieterhöhungen nach sich ziehen könnten (z. B. Einbau von Balkonen oder Fahrstühlen, umfangreiche Grundrissänderungen, Erweiterung durch Dachgeschossausbauten, etc.),
- Änderungen der Nutzungsart (z. B. Umwandlung von Mietwohnungen in Büroräume),
- die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Sozialräumlich orientierte Arbeit | Ansatz in der Sozialarbeit, der versucht, Verhältnisse zu schaffen, die es Menschen ermöglichen, besser in schwierigen Lebenslagen zurechtzukommen.

StVO | Die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) der Bundesrepublik Deutschland ist eine Rechtsverordnung, die Regeln für sämtliche Teilnehmer am Straßenverkehr festlegt.

Switchh-Station | Angebot des HVV an Schnellbahnhaltestellen kombiniert Stadträder, Taxis und Leihautos ausleihen zu können

Transparenzgesetz | Transparenzgesetz

UN-Konvention | Mit dem Begriff UN-Konvention werden völkerrechtlich bindende Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (VN, UN oder UNO, englisch, United Nations Organisation, dt. Organisation der Vereinten Nationen) bezeichnet.

Umwandlungsverordnung | Siehe soziale Erhaltungsverordnung

Urban | städtisch

Urban Gardening | ist die meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten oder in deren direktem Umfeld. Die nachhaltige Bewirtschaftung der gärtnerischen Kulturen, die umweltschonende Produktion und ein bewusster Konsum der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stehen global im Vordergrund.

Verschwenkungen | Ungerade Straßenführung, die eine stadtteilunverträgliche Beschleunigung nicht zulässt

Versiegelung | Auch: Flächenversiegelung, das mehr oder weniger wasserdichte Verschließen von mehr oder weniger großen Teilen der Erdoberfläche.

Vorkaufsrecht | Ein Vorkaufsrecht räumt dem Berechtigten die Möglichkeit ein, im Falle des Verkaufs einer Sache an einen Dritten durch eine einseitige empfangsbedürftige Gestaltungserklärung zwischen sich und dem Verkäufer einen Kaufvertrag zu grundsätzlich gleichen Bedingungen abzuschließen.

Wohnungsbauprogramm | Der Senat hat im Juli 2011 einen Vertrag für Hamburg mit den sieben Hamburger Bezirken geschlossen, um gemeinsam den Wohnungsbau anzukurbeln.

Zertifizierung/ zertifiziert | Als Zertifizierung bezeichnet man ein Verfahren, mit dessen Hilfe die Einhaltung bestimmter Anforderungen nachgewiesen wird.

V.i. S. d. P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN EIMSBUETTEL BETTINA VON BÜLOW, METHFESSELSTRASSE 38, 20257 HAMBURG

WWW.GRUENE-EIMSBUETTEL.DE

